

aus einem Sinn für die Planung des Schöpfers mit denjenigen Tendenzen des Zeitalters verweben, in denen sich Gesundheit zeigt. Der Eifer für christliche Lösungen erfordert ein sicheres Zuhause sein in der Welt, obwohl man ihr gestorben ist, eine ausreichende Weltkenntnis. Es ist nicht allein getan mit der prophetischen Warnung, die in jedem Falle geboten ist, weil es ein Gericht gibt, das schon hier beginnt. Der Heilige Geist deckt die Sünde auf, und das muß auch eine christlich geformte öffentliche Meinung versuchen. Dann aber ist ihr geboten, die offenen Rückwege zur Umkehr zu zeigen oder sie sogar zu bahnen. Umkehr, wie sie Gott vom einzelnen fordert, ist im Bereich der Öffentlichkeit nicht möglich als kollektive Bekehrung, nicht einmal nach solchen Erfahrungen, wie wir sie beim Ausgang des Krieges und danach haben durchmachen müssen. Es ist damals oft genug von Kirchenmännern darüber geklagt worden, daß diese Not nicht zur Buße geführt hat. Umkehr kann sich im Raum der Öffentlichkeit nur allmählich anbahnen. Darum sollte eine katholisch geformte öffentliche Meinung den Sinn für die Übergänge bekunden, ausgenommen zu ausgesprochen dämonischen Phänomenen und Sitten, die offenkundig den Menschen sich selbst entfremden und entwürdigen und jede menschliche Ordnung zerstören, ob das im Osten oder mit anderen Mitteln im Westen geschehen mag. Diese Klarheit in einer katholischen Meinungsführung wird dann auch Vertrauen wecken. Je zwangvoller und anscheinend unentrinnbarer die technischen und wirtschaftlichen Prozesse ablaufen, die auch die große Politik beeinflussen, je besorgter, ja angstvoller die Menschen diesem Schicksal folgen, desto höher steigt der Kurswert derjenigen Menschen, die auf allen Ebenen des öffentlichen Lebens ihre Freiheit bewahren. Mit der Angst wächst das Mißtrauen und wird eine öffentliche Macht. In dieser Atmosphäre haben Christen eine große Chance.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

Richtlinien der deutschen Bischöfe für die gemeinschaftliche Meßfeier

In der Karwoche 1961 verabschiedete eine Kommission von Vertretern fast aller deutschen Diözesen unter dem Vorsitz der Bischöfe von Mainz und Passau eine neue Fassung der „Richtlinien für die Feier der heiligen Messe in Gemeinschaft“. Sie wurde sämtlichen Ordinarien zugeleitet mit der Bitte, die Richtlinien einheitlich in Kraft zu setzen, und soll die im Jahre 1942 in Fulda vereinbarten Normen zur Gestaltung des Pfarrgottesdienstes ablösen. Abgesehen von der Notwendigkeit, die seitherigen Erfahrungen zu berücksichtigen, mußten die deutschen Privilegien, die am 23. Dezember 1958 durch das Heilige Offizium neu bestätigt wurden, in Einklang gebracht werden mit der Instruktion *De Musica sacra et sacra Liturgia* der Ritenkongregation vom 3. September 1958 (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 148) und dem neuen Codex Rubricarum vom 26. Juli 1960 (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 174).

In der Einleitung zu den neuen Richtlinien werden die Grundsätze ihrer Gestaltung dargelegt. Sie sind durch die Lehren der Enzyklika *Mediator Dei* eingegeben. Dort verkündigt der Papst von neuem die für das ganze katholische gottesdienstliche Leben maßgebende Überzeugung, daß die heilige Messe „Quell und Mittel aller

Frömmigkeit“ ist. In der Messe opfert die Gemeinde „nicht nur durch die Hände des Priesters“, sondern „kraft des Taufcharakters bringen die Laien selbst in ihrer Weise mit dem Priester die göttliche Opfergabe dar“, wie die *Instructio* sagt. Deshalb muß die Feier der Messe eine gegliederte Gestalt haben, die innere Teilnahme äußerlich aktiviert werden.

Die Formen der Meßfeier

Die Messe in der Gemeinschaft kann gefeiert werden als „missa in cantu“ oder als „missa lecta“, je nachdem der Priester die dafür vorgesehenen Texte singt oder liest. Die „missa in cantu“, das Amt oder Hochamt, wird als „missa cantata“ ohne Leviten, als „missa solemnis“ unter Assistenz wenigstens eines Diakons, normalerweise auch eines Subdiakons zelebriert. Neben dem Gregorianischen Choral sind dabei auch lateinische mehrstimmige Gesänge und außer im Amt mit zwei Leviten auch Volksgesang zugelassen. In der „missa lecta“ wird unterschieden zwischen Gemeinschaftsmesse, missa recitata, Betsingmesse, Gemeindemesse und einfacher Gemeinschaftsmesse.

Für alle Meßfeiern hat die Gestalt der „missa solemnis“ als Vorbild zu dienen (Hochamtsregel); denn in ihr findet die Gemeinschaft den klassischen Ausdruck. Zelebrant, Leviten, Chor (Schola) und Gemeinde haben ihre althergebrachte Funktion. Der Chor singt die Proprium- und im Wechsel mit der Gemeinde die Ordinariumsgesänge; diese außerdem das „Amen“.

In der „missa in cantu“ dürfen die Lesungen im Anschluß an den lateinischen Gesang deutsch vorgetragen werden, jedoch nicht im Gesangton. In der „missa cantata“ braucht der Zelebrant die Epistel nicht zu singen; sie kann gleichzeitig deutsch verlesen werden. Deutsche Gesänge sind in allen Ämtern, auch im Amt mit zwei Leviten, erlaubt vor Beginn und zum Schluß, vor und nach der Predigt, wo es herkömmlich ist, auch während einer längeren Kommunionsspendung. Die Verwendung von Weihrauch ist auch in der „missa cantata“ gestattet, also nicht nur im Levitenamt.

Wird das Amt im Gregorianischen Choral gesungen, dann ist bei den Ordinariumsteilen die Mitwirkung der Gemeinde im Wechsel mit dem Chor anzustreben. Das Benedictus wird unmittelbar an das Sanctus angefügt. Die Propriumsgesänge dürfen notfalls psalliert werden, sinngemäß werden sie aber von der Schola im vorgeschriebenen Ton vorgetragen. Wenn im Amt gregorianische und andere lateinische Gesänge verwendet werden, ergeben sich zahlreiche Varianten. Das Proprium, gregorianisch oder mehrstimmig, wird wohl ausnahmslos dem Chor oder der Schola vorbehalten bleiben. Im Ordinariumsteil aber können mehrstimmige Chor- und gregorianische Gemeindegesänge in verschiedenen Weisen abwechseln. Der Gesang im Wechsel zwischen Chor und Gemeinde verdient besondere Förderung.

Das Amt mit deutschem Volksgesang ist in allen deutschen Diözesen grundsätzlich gestattet. Im einzelnen entscheidet nach can. 69 CIC der Bischof über den Gebrauch dieses Privilegs. Wenn aber die Propriumstexte gesungen werden, muß das in lateinischer Sprache geschehen. Dagegen können die Ordinariumstexte in freier Übertragung gesungen werden. „Nach altem Herkommen kann außerdem in der Muttersprache gesungen werden zum Einzug und Stufengebet, zwischen den Schriftlesungen, zur Gabenbereitung, nach der Wandlung, zur Kommunion und nach dem Segen.“

Die „missa lecta“ hat zwei Grundformen. Die eine bringt stärker die Vorsteherrolle des Zelebranten zum Ausdruck; die andere ermöglicht besser das hörende Verstehen seitens der Gemeinde. Im ersten Falle spricht der Priester die Texte, die er in der „missa cantata“ singen würde, mit lauter Stimme, vielleicht nach deutscher Einleitung durch den Vorbeter. Im zweiten verhält er die Stimme, während gleichzeitig der Vorbeter die Texte in deutscher Sprache vorträgt. In diesem Fall darf das Vaterunser von der ganzen Gemeinde gesprochen werden. Doch wird auch hier die Funktion des Priesters dadurch betont, daß er die Zurufe an die Gemeinde, das einleitende „Oremus“ der Kirchengebete, die Anfangsworte des Gloria und Credo sowie im Wechsel mit der Gemeinde das Kyrie betet.

Im einzelnen sind folgende Formen zu unterscheiden:

Die Gemeinschaftsmesse: Die Gemeinde spricht deutsch die Texte der Ordinarius-, und eine Schola, vielleicht im Wechsel mit der Gemeinde, die Texte der Propriums- gesänge. Lieder können zu Beginn bis über das Stufen- gebet hin, zur Kommunion und nach dem Segen gesungen werden. Die „missa recitata“ ist eine Gemeinschafts- messe in lateinischer Sprache. Die Lesungen können vom Zelebranten deutsch wiederholt oder gleichzeitig mit dem Priester von einem Vorbeter deutsch vorgetragen werden. Die Betsingmesse ist eine Gemeinschaftsmesse mit Ge- sängen. Naturgemäß gibt es dafür verschiedene Möglich- keiten. Man kann die Ordinarius-, die Propriums- gesänge oder beide ganz oder teilweise durch Lieder er- setzen. Doch empfiehlt es sich, je nach den Diözesanvor- schriften, den Gewohnheiten und örtlichen Bedürfnissen, bestimmte Formen ein für allemal zu entwickeln. Die Gemeindemesse ist eine freiere Form der gemeinsamen Feier der „missa lecta“, bei der zum besseren Verständnis die Meßtexte oder einzelne von ihnen paraphrasiert wer- den. Sie eignet sich besonders für Kindergottesdienste. Sie kann dem Vorbild der Gemeinschafts- oder der Bet- singmesse nachgebildet werden. In der einfachen Gemein- schaftsmesse hat die Stille weiten Raum. Der Priester spricht aber gemäß den Rubriken, wo sie „clara voce“ vorschreiben, so laut, daß er wirklich verstanden wird. Die Gemeinde respondiert. Die Lesungen werden ver- dolmetscht.

Besondere Ratschläge

Diese Richtlinien bringen nichts wesentlich Neues, dienen aber einer weiteren Vereinheitlichung der Meßfeier inner- halb Deutschlands. Neues dagegen ist im letzten Teil des Dokumentes zu finden. Da wird empfohlen, die alte kirchliche Sitte der Fürbitten wieder mehr zu beleben. Sofern der Priester selbst sie vorträgt, ist der gegebene Ort die Stelle der Predigt. Der Vorbeter kann sie auch ins Kirchengebet oder in die Gabenbereitung einschalten. Als sichtbarer Ausdruck der Gabenbereitung wird das Beibringen der Hostien für die Kommunion in der einen oder anderen Form empfohlen. Außerdem lesen wir: „Bei besonderen Anlässen empfiehlt es sich, auch Gaben für die Armen in der Form des Opferganges zum Altar bringen zu lassen. Diese sollen dann bis zum Schluß der heiligen Messe in würdiger Weise im Altarraum aufgestellt wer- den. Um den Zusammenhang zwischen Kollekte und eucharistischer Feier sichtbar zu machen, ist es wünschens- wert, daß das Geldopfer der Gläubigen noch vor Ab- schluß der Gabenbereitung in den Altarraum gebracht

und dort bis zum Schluß der heiligen Messe in würdiger Weise aufgestellt wird.“

In bezug auf die Kommunion der Gläubigen nehmen die neuen Richtlinien einen entschiedenen Ton an. Es darf keine Messe geben, bei der die Kommunion ausgeschlossen ist. Der Zelebrant soll selbst die Kommunion spenden. Wenn irgend möglich, sollen die für die Kommunion be- stimmten Hostien in der Messe selbst konsekriert werden.

Wiewohl es keine „stille Messe“ (mehr) gibt, da jede „nicht nur sichtbar, sondern nach dem ausdrücklichen Willen der Kirche in einem gewissen Maße auch immer hörbar sein soll“, gewinnt die Wertung des „gefüllten Schweigens“ an Raum. Besonders wird es für die Zeit zwischen Wandlung und Pater noster angeraten.

Die Richtlinien wollen die gemeinschaftliche Feier der heiligen Messe fördern. Dazu ist eine gewisse Gleich- mäßigkeit des Verhaltens der Teilnehmer unerlässlich. Doch wird ein weises Maßhalten empfohlen: „Zeichen der Gemeinschaft kann eine der Gliederung der Feier ange- messene gemeinsame Körperhaltung der Versammlung sein, wenn diese auf Grund rechter Belehrung und Füh- rung durch den Priester und entsprechender Einsicht der Teilnehmer sich gleichsam von selbst einstellt. Doch sind Übertreibungen in den Forderungen, ungueter Zwang und Drill sowie alles, was Unruhe schafft, zu vermeiden, Alter, Geschlecht und Gesundheit der Teilnehmer zu berücksichtigen und die Gepflogenheit der Landschaft zu beachten.“

Für die Meßfeier der Kinder wird empfohlen, dem Ab- wechslungsbedürfnis der Kinder Rechnung zu tragen. Doch: „Besonderer Wert ist darauf zu legen, daß die Ordinariusgesänge der Messe in ihrer deutschen Über- setzung früh fester Besitz der Kinder werden.“ Und ferner: „Auch die Kindermesse bedarf in ihrer Weise der Stille.“

In den letzten Abschnitten befassen sich die Richtlinien mit dem Amt des Vorlesers und Vorbeters. Man soll Männer und Jungmänner dafür gewinnen. „Frauen, Mädchen und Kinder“ sollen nur herangezogen werden, wenn sie den größten Teil der Teilnehmer stellen und ein männlicher Vorbeter nicht zur Verfügung ist. Die Vor- beter sollen, wenn möglich, „zugleich die Aufgabe eines ‚Kommentators‘ wahrnehmen“ und nicht nur, „wie es in den deutschen Bistümern Brauch ist“, vorbeten, was ge- schrieben steht. Damit wird ihnen eine Aufgabe zuge- mutet, die sehr viel Diskretion verlangt. Deshalb emp- fehlen die Richtlinien auch, daß das Amt des Lektors von einem Kleriker ausgeübt werde. „Wo die Umstände es erforderlich machen, daß Laien damit beauftragt wer- den, sollen sie durch ein christliches Leben empfohlen und für die besondere Aufgabe geeignet sein.“ Selbstverständ- lich sollen diese Kommentare knapp und sorgfältig vor- bereitet, am besten schriftlich ausgearbeitet sein und nur die Mitfeier anregen oder unterstützen. Das wird wohl am ehesten erreicht werden, wenn sie sich auf eine kurze „Gebetseinladung“ beschränken. Erklärungen der Riten sollten sich bei der heiligen Messe eigentlich erübrigen.

Priesterhilfe für Lateinamerika

In seinem Schreiben an die deutschen Bischöfe vom 11. Januar 1961 hat Papst Johannes XXIII. unter anderem eigens seinen Dank dafür ausgesprochen, daß die deutschen Oberhirten beschlossen haben, „für Lateinamerika Hilfe zu beschaf- fen“. „Freilich sind“ — so fährt das Schreiben fort —

„die Nöte der Kirche in diesem Erdteil sehr ernst, und außergewöhnliche Schwierigkeiten müssen überwunden werden, damit dort der katholische Glaube gefestigt werde, Haltung und Übung des christlichen Lebens zum Besseren sich wenden, Bestandteile und Gefüge der Religion ausgeprägter hervortreten. Was aber besonders heftige Sorgen und Kümernisse hervorruft, läßt sich in folgendes fassen: die Mühe, die es aufzuwenden gilt, damit die Zahl der Priester, die für die Verrichtung des heiligen Dienstes in oft weiträumigen und abgelegenen Gebieten nicht ausreicht, planmäßig gesteigert werde; der Bau von Seminarien oder anderen Einrichtungen, wo Kandidaten des Priestertums oder Ordensleute und Angehörige des Laienstandes Seele und Geist völlig und ganz nach den Lehren des Christentums bilden; Schulen und Studienhäuser, die vor allem zur Erziehung der führenden Schicht der Katholiken bestimmt sind; Gründung, Verbreitung und Wachstum von Organisationen, die sich der Liebestätigkeit und der sozialen Frage widmen. Damit diesen und anderen Bedürfnissen, die sich demnächst noch aufdrängen werden, wirksam begegnet werde, bedarf Lateinamerika über das gewohnte Maß hinaus der einträglichen Hilfe aller, die sich katholisch nennen, einer Hilfe näherhin, die durch Gebet, Rat und Tat zu leisten ist, auch, soweit es möglich ist, durch Entsendung von Geistlichen oder auch Laien. Übrigens bietet die Erwartung glücklicherer Zustände den solcherart eingesetzten Bemühungen Ermutigung und Stütze; mit Gottes Hilfe wird die dort aufgewandte edelmütige Arbeit hundertfältige Frucht tragen und so sich vielleicht einmal der Wunsch erfüllen, daß die Katholiken aus Lateinamerika nach Ablauf nicht allzu langer Zeit in reichlichem Maße sowohl für sich selbst wie auch für fremde Bedürfnisse Sorge tragen möchten. Was ihr zur Behebung der religiösen Not Lateinamerikas unternommen habt, loben Wir sehr, und Wir hegen in Unserem Herzen die Hoffnung, daß ihr auch in Zukunft mit solcher Freigebigkeit Vorsorge treffen werdet“ (vollst. Text im Amtsblatt für die Erzdiözese Freiburg, 4. 5. 61).

In ganz besonderer Weise hat die Diözese Trier diesen Dank des Papstes verdient. In einem Hirtenbrief vom 7. April 1961 teilt Bischof Matthias Wehr seinen Diözesanen mit, daß er sich entschlossen habe, trotz eignen relativen Priestermangels, die priesterarme und finanzschwache bolivianische Erzdiözese Sucre, die offizielle Hauptstadt des Landes, das allerdings von La Paz aus regiert wird, zu adoptieren: „Aus der Verantwortung heraus, die auf eurem Bischof, auf den Seelsorgern und auch euch allen, liebe Diözesanen, für das Gottesreich auf Erden ruht, habe ich mich entschlossen, einer Diözese Südamerikas in besonderer Weise und besonders tatkräftige Hilfe zu leisten. Es ist die Erzdiözese Sucre in Bolivien. Dorthin soll also auf einige Jahre unsere Hilfe zusammengefaßt hingelenkt werden, damit sie tatsächlich wirksam werde.

Die Erzdiözese Sucre ist an Fläche viermal so groß wie unsere Diözese Trier, hat aber nur 39 Pfarreien, während unsere Diözese 937 Pfarreien zählt. Sie hat 400 000 Katholiken, aber nur 40 Priester. In unserer Diözese kommen auf einen Priester etwa 1350 Katholiken, in der Erzdiözese Sucre aber steht für 10 000 Katholiken nur ein Priester bei einer vierfach so großen Ausdehnung der Diözese zur Verfügung. In unserer Diözese sind rund 5500 Schwestern tätig, in der Erzdiözese Sucre nur 108... Die Kirchen, die dort vor Jahrhunderten gebaut wurden,

zerfallen, und neue können nicht gebaut werden, weil die Bevölkerung zu arm ist. Die Kinder können nicht in unserem heiligen Glauben unterrichtet werden, und die Gläubigen bekommen in dem weiten und gebirgigen Land oft jahrelang keinen Priester zu sehen. Sie leben und sterben ohne die heiligen Sakramente... Daher habe ich dem Oberhirten der Erzdiözese Sucre, Clemente Maurer, der ein Sohn unserer Diözese ist, vorgeschlagen, mit uns eine ‚Gemeinschaft gegenseitiger brüderlicher Hilfe‘ einzugehen...“

Im gleichen Zusammenhang ist eine andere Nachricht interessant, aus der hervorgeht, wie sehr sich die Kirche bemüht, Priester für Lateinamerika frei zu machen: der Apostolische Administrator der Diözese Amos in Kanada, Albert Sanschagrin, hat ein besonderes römisches Indult erhalten, das ihn ermächtigt, bestimmten Priestern zu gestatten, an jedem Tag des Jahres zwei Messen zu feiern, so daß jüngere Geistliche frei gemacht werden können für den Seelsorgsdienst in Lateinamerika. Das Indult kann in kleinen benachbarten Pfarreien in der Weise angewandt werden, daß der gleiche Priester morgens in einem Ort und abends am anderen Ort das Meßopfer darbringt, so daß beiden Pfarreien die gleiche geistliche Sorgfalt erhalten bleibt.

Aus dem Vatikan

Der Papst über den Lehr- und Erzieherberuf

Papst Johannes XXIII. empfing am 14. Juni 1961 die in Rom versammelten höheren Obern der Schulbrüder

des hl. Johannes von La Salle mit ihrem Generalobern in Sonderaudienz. Nachdem der Heilige Vater in sichtlicher Freude an seine früheren Kontakte mit den Schulbrüdern in Rom, Bulgarien, in der Türkei und in Frankreich erinnert hatte, gab er ihnen in seinen weiteren Ausführungen „einen Beweis väterlicher Zuneigung und ein Wort der Aufmunterung für die Erzieheraufgabe“.

Über den Schulbruderberuf sagte er: „Der Beruf eines Lehrbruders ist Uns immer einer besonderen Hochachtung würdig erschienen.“ Nach der anschließenden Zusammenfassung des Priester-, Lehrer- und Arztberufes zu einer Trilogie, einem Dreigestirn sozusagen gleicher Konstellation, nämlich der werktätigen Liebe der Kirche unter Wahrung der Besonderheiten eines jeden der drei Berufe, fuhr er fort: „Ihr nehmt in dem großen katholischen Organismus einen auserwählten Platz ein, auf den euch euer reicher und eigenständiger Beruf als Lehrbrüder gestellt hat. Man muß mit Nachdruck betonen: die christliche Bildung und Erziehung der Jugend ist eine Aufgabe ersten Ranges... Die Blüte der katholischen Schulen in der ganzen Welt ist einer der glänzendsten Ruhmestitel der Kirche. An dieser herrlichen Blüte habt ihr, liebe Brüder der christlichen Schulen, einen wichtigen Anteil... Diese geschichtlichen Seiten sind tief in das Herz der Kirche eingetragen, zu Ehren des hl. Johannes von La Salle und der eurigen...“

Im weiteren Verlauf der Ansprache betonte der Heilige Vater die Notwendigkeit der katholischen Schulen mit Rücksicht auf die Zeitlage. In diesem Zusammenhang sagte er u. a.: „Die Arbeit drängt und verlangt viele Arbeiter. Überall in der Welt wachsen junge intelligente Menschen heran auf der Suche nach der Wahrheit... in den fernsten Ländern, wo junge Völker zu eigener Ver-

antwortung erwachen und die Leitung ihrer Angelegenheiten in die Hand nehmen. Welch eine wunderbare Aufgabe, würdig, die Begeisterung junger Katholiken zu erregen, sich der natürlichen und übernatürlichen Bildung derer zu weihen, die die verantwortlichen Erwachsenen von morgen sein werden . . . Das, liebe Söhne des hl. Johannes von La Salle, ist die Größe eures Berufes, und was in aller Schmucklosigkeit selbst seinen Reichtum auszeichnet: die Weihe an Gott durch das Ordensleben, die Weihe an die Menschen durch Unterweisung und Erziehung . . .“

Monitum des Heiligen Offiziums

Die Kongregation des Heiligen Offiziums veröffentlichte im „Osservatore Romano“ (22. 6. 61) folgendes „Monitum“: „Während das Studium der biblischen Wissenschaften in lobenswerter Weise mit Eifer gepflegt wird, werden in verschiedenen Gegenden Urteile und Meinungen verbreitet, welche die reine geschichtliche und objektive Wahrheit der Heiligen Schrift nicht nur des Alten Testaments (wie es schon Papst Pius XII. in der Enzyklika *Humani generis* — AAS XLII 576 [vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 221] beklagt hatte), sondern auch des Neuen gefährden, selbst in bezug auf die Worte und Taten Jesu Christi.

Da derartige Urteile und Meinungen sowohl Hirten als auch Gläubige besorgt machen, haben die Kardinäle, die mit der Reinerhaltung der Glaubens- und Sittenlehre beauftragt sind, beschlossen, alle, die über die Heilige Schrift schreiben oder sprechen, zu ermahnen, daß sie diesen erhabenen Gegenstand immer mit der gebotenen Klugheit und Ehrfurcht behandeln und stets die Lehre der heiligen Väter und den Sinn und das Lehramt der Kirche vor Augen haben, damit nicht die Glaubenswahrheiten angetastet werden. Dieses Monitum ergeht unter Zustimmung der Kardinäle der Päpstlichen Bibelkommission.

Gegeben zu Rom, am Sitz des Heiligen Offiziums, am 20. Juni 1961.

Sebastianus Masala, Notar.“

Zur Ernennung des neuen Erzbischof-Koadjutors von Belgrad

Am 2. März 1961 hat Papst Johannes XXIII. den Bischof von Krizevci, Gabriel Bukatko, in den Rang eines Titularerzbischofs von Mocissus erhoben und ihn zum Erzbischof-Koadjutor cum jure successionis der Erzdiözese Belgrad ernannt. Erzbischof Bukatko gehört der unierten Byzantinischen Kirche an. Damit ist zum ersten Male in der neueren Geschichte der Kirche ein Bischof einer mit Rom vereinten Orientalischen Kirche zum Ordinarius loci eines Bischofssitzes lateinischen Ritus' designiert worden.

Erzbischof Bukatko war erst im Juli 1960 zum Bischof byzantinischen Ritus' von Krizevci (Nordjugoslawien) ernannt worden. Als solchem unterstanden ihm alle unierten Katholiken des byzantinischen Ritus in Jugoslawien. Zuvor war er mehrere Jahre Apostolischer Administrator der gleichen Diözese. Sein Vorgänger war Bischof Ivan Simrak, der am 15. Mai 1945 von den Kommunisten verhaftet und im Gefängnis derart zugerichtet wurde, daß er noch im gleichen Jahr starb. Erzbischof Bukatko ist Mitglied der Kommission für das Laienapostolat.

Die Frühjahrs-wahlen in Italien

Die innerpolitische Lage in Italien hat sich — vom Südtirolproblem abgesehen — in letzter Zeit etwas beruhigt. Die Spannungen zwischen kirchlicher Hierarchie und Christlich-Demokratischer Partei scheinen nach den sehr deutlichen Erklärungen und Stellungnahmen der Bischöfe (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 299) nachgelassen zu haben. Selbst in der Auseinandersetzung um die apertura a sinistra ist es ruhiger geworden, nachdem es Nenni auf dem Mailänder Parteikongreß im Frühjahr dieses Jahres nicht gelungen ist, die „demokratische Reife“ seiner Partei vor der Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen. Die schwache Mehrheit von 56 Prozent, die er mit seiner gemäßigten Gruppe der Autonomisten auf dem Kongreß erhalten hatte, reichte nicht aus, um die Erwartungen zu rechtfertigen, die auch gewisse Gruppen innerhalb der Democrazia Cristiana — mehr aus Not als aus Überzeugung — auf ihn gesetzt hatten. Seitdem versucht besonders Fanfani selbst — offenbar nicht nur aus taktischen Gründen, sondern aus grundsätzlichen Erwägungen —, sich enger an die Mitte anzuschließen und damit auch nach außen zu zeigen, daß an ein Bündnis mit den Sozialisten nicht zu denken ist. Davon zeugen die häufigen Gespräche und Verhandlungen, die er mit den Parteien der Mitte, insbesondere mit dem Parteisekretär der Liberalen, Giovanni Malagodi, seinem schwierigsten Verbündeten, geführt hat.

Die „Beruhigung“ auf nationaler Ebene hatte jedoch bis jetzt keine Auswirkung auf die Gemeindepolitik. Hier waren wie schon früher die sog. „Giunte difficili“ nicht zu umgehen. (Unter „Giunte difficili“ versteht man in Italien christlich-demokratische Gemeindeausschüsse, die, um arbeitsfähig zu sein, auf die aktive oder passive Unterstützung der Linken angewiesen sind.) Die christlichen Demokraten sind bestrebt, die Zahl solcher Giunte möglichst niedrig zu halten, ziehen sie aber aus verständlichen Gründen der Einsetzung eines Regierungskommissärs vor. Andererseits versucht man nicht nur mit den Linksparteien reinen Tisch zu machen, sondern will auch keine Rechtskoalitionen eingehen bzw. bestehende Rechtskoalitionen auflösen. Offenbar fordern sowohl die Liberalen wie die Sozialdemokraten für ihre Schützenhilfe die genaue Berücksichtigung ihrer jeweiligen Wünsche. Solchen Wünschen ist offensichtlich auch die Stadtregierung von Rom, die mit Hilfe der Monarchisten und Neofaschisten gebildet worden war, zum Opfer gefallen. Nach mehreren Wahlgängen, in denen sich die Parteien auf keinen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten, blieb kein anderer Ausweg, als eine kommissarische Verwaltung einzusetzen (vgl. „Il Messaggero“, 18. 7. 61).

In Sizilien ist anscheinend das Spiel, das seit der Regierungskrise zu Beginn des Jahres eingesetzt hat, noch lange nicht zu Ende. Nach mehr als zwanzig Wahlgängen gelang es zwar dem Nenni-Sozialisten Coralla, eine ausreichende Mehrheit auf sich zu vereinen. Doch setzt sich diese Mehrheit wie früher die Regierung Milazzo (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 417) aus so verschiedenartigen Elementen zusammen, daß man ihr schon deshalb keine allzu lange Lebensdauer prophezeien kann. Tatsächlich rechnet man mit dem Rücktritt der Regierung noch innerhalb der nächsten Wochen.

Die Gemeindewahlen in Oberitalien

Inzwischen fanden im übrigen Italien Wahlen statt. Am 28. Mai wurden in 243 Gemeinden die Gemeinderäte neu gewählt. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug ca. 700 000. Es handelte sich dabei meist um kleinere Gemeinden (mit weniger als 10 000 Einwohnern) in vorwiegend norditalienischen Gebieten (Venetien, Lombardei, Piemont und Emilia). Da die Wahlergebnisse in solchen kleinen Gemeinden von Faktoren bestimmt werden, die für allgemeine bzw. Parlamentswahlen fast kaum von Bedeutung sind, können sie nur wenig zur Erhellung der politischen Entwicklung des Landes beitragen. Am aufschlußreichsten sind wohl die Ergebnisse der vier größten Gemeinden, die jetzt gewählt haben. Es sind dies Acqui, Arezzo, Bozen und Ravenna.

Die abgegebenen Stimmen verteilen sich wie folgt (im Vergleich dazu die Ergebnisse der Gemeindewahlen von 1957):

Acqui: Democrazia Cristiana 5103 (4997), Saragat-Sozialisten 756 (688), Kommunisten 4128 (3777), Nenni-Sozialisten 1715 (1647), Neofaschisten 317 (703 + Monarchisten);

Arezzo: Democrazia Cristiana 18 317 (16 842), Saragat-Sozialisten 1531 (1671), Liberale 781 (681), Kommunisten 13 871 (13 867), Nenni-Sozialisten 9933 (7504), Neofaschisten 1843 (1911);

Bozen: Democrazia Cristiana 12 470 (11 806), Südtiroler Volkspartei 10 962 (10 541), Saragat-Sozialisten 4366 (4410), Republikaner 647 (485), Liberale 1521 (730), Kommunisten 4181 (3526), Nenni-Sozialisten 6522 (6331), Neofaschisten 7991 (6011), Monarchisten 674 (1519);

Ravenna: Democrazia Cristiana 13 259 (11 890), Saragat-Sozialisten 1639 (2002), Republikaner 22 695 (21 938), Liberale 362 (1052), Kommunisten 30 621 (29 264), Nenni-Sozialisten 6470 (6674), Neofaschisten 1414 (1566) (alle Ergebnisse nach „La Stampa“, 30. 5. 61).

Die Ergebnisse in diesen Gemeinden vermitteln kein einheitliches Bild. Im allgemeinen — dies gilt auch für die kleineren Gemeinden — wurden die alten Verhältnisse bestätigt. Das — relativ kleine — Ansteigen der Democrazia Cristiana fällt prozentuell kaum ins Gewicht. Selbst in Ravenna gelang der Democrazia Cristiana ein wirklicher Durchbruch nicht, obwohl gerade der in dieser Stadt volkstümliche Verkehrsminister Zaccagnini die Democrazia Cristiana anführte.

Die Kommunisten haben ebenfalls in allen vier Städten leicht zugenommen, während die Stimmen der Nenni-Sozialisten — mit Ausnahme von Arezzo, wo sie einen merklichen Zuwachs zu verzeichnen haben — unverändert blieben.

Gleiches gilt auch von den Parteien der Rechten — mit Ausnahme von Bozen, wo die neofaschistische Partei von allen Parteien am meisten Stimmen gewinnen konnte. Dies erklärt sich durch die Anwesenheit der deutschsprachigen Minderheit.

Mehr Aufsehen erregt haben die Ergebnisse in der Provinz Görz, wo gleichzeitig Provinzwahlen stattfanden. Die Democrazia Cristiana konnte nur wenige Stimmen

gewinnen, während die der Kommunisten von 13 461 auf 20 102 anstiegen. Zugleich konnte auch die sozialistische Partei über 2000 weitere Stimmen auf sich vereinigen. Auch die MSI (Neofaschisten) hat weitere 1000 Stimmen gewonnen. Dieser Gewinn dürfte auch hier auf das Vorhandensein einer fremden Volksgruppe zurückzuführen sein (vgl. „La Stampa“, 30. 5. 61).

Die Regionalwahlen auf Sardinien

Anders verliefen die Regionalwahlen auf Sardinien, wo die Democrazia Cristiana bedeutende Gewinne erzielen konnte. Ein Vergleich mit den Regionalwahlen 1957 und den Parlamentswahlen 1958 (vgl. die untenstehende Tabelle) zeigt die Entwicklung (vgl. „Corriere della Sera“, 21. 6. 61).

Charakteristisch für den Ausgang der sardinischen Wahlen ist die Zunahme der Christlichen Demokraten. Sie haben bei dieser Wahl — für Italien eine einmalige Ausnahme — die absolute Mehrheit der Regionalsitze erobern können. Nun hatte freilich die Democrazia Cristiana in Sardinien seit jeher einen guten Stand. Sie verdankt dies nicht zuletzt dem italienischen Außenminister Antonio Segni, der, selbst Sarde, sich auf der Insel als früherer Landwirtschaftsminister durch seine Reformen besonders beliebt gemacht hat. Aber auch in der Region selbst verfügt die Christlich-Demokratische Partei über tüchtige Köpfe. Mehr noch als alles Prestige und Leistungen war für den Sieg der Democrazia Cristiana der völlige Zerfall der monarchistischen Partei entscheidend. Diese Partei, die im republikanischen Italien nach dem Kriege nie eine rechte Heimat gefunden hatte und lange unter sich gespalten war, konnte auch durch die Fusion der verschiedenen Gruppen und die Namensänderung in „Demokratische Partei Italiens“ nichts mehr retten. Die Stimmenverluste der Monarchisten sind offensichtlich der Democrazia Cristiana zugute gekommen. Nur ein geringer Teil der früheren monarchistischen Wähler ist zu den Neofaschisten übergegangen. Die Parteien der Linken haben zwar im Vergleich zu den Wahlen von 1957 um ca. 2% zugenommen, verglichen mit den Parlamentswahlen von 1958 jedoch 3,5% der Stimmen verloren.

Anzeichen einer neuen Entwicklung?

Das Wahlergebnis hat bei der Democrazia Cristiana verständlicherweise Begeisterung hervorgerufen. Nach den vielen Niederlagen und dem ständigen Anstieg der Linksextremisten während der letzten Jahre kam dieser Wahlsieg besonders gelegen. Ebenso befriedigt äußerte sich die demokratische Presse Italiens und des Auslandes. Man verwies auf die Tatsache, daß in Sardinien zum erstenmal sowohl die Links- wie die Rechtsextremisten verloren hätten, und schloß daraus, daß sich für die Parteien der Mitte eine günstige Entwicklung für die Zukunft abzeichne. In der Siegesfreude hat man aber einige Tat-

Wahlen in Sardinien	1957	1958	1961
Democrazia Cristiana (DC)	308304 (41,7%)	337482 (47%)	320759 (46,3%)
Kommunisten (PCI)	116997 (17,6%)	141837 (19,7%)	131582 (19,0%)
Nenni-Sozialisten (PSI)	63524 (9,5%)	88492 (12,3%)	66624 (9,7%)
Saragat-Sozialisten (PSDI)	18162 (2,7%)	14616 (2,0%)	21743 (3,1%)
Liberale (PLI)	18129 (2,7%)	19551 (2,7%)	22984 (3,3%)
Sardische Aktionspartei (PSdA; Republikaner)	40214 (6,0%)	31483 (4,3%)	50013 (7,2%)
Monarchisten (PDIUM)	98873 (14,8%)	46130 (6,9%)	33921 (4,9%)
Neofaschisten (MSI)	33628 (5,0%)	33744 (4,7%)	42131 (6,1%)

sachen übersehen. Einmal war die Zunahme der Christlichen Demokraten nur möglich auf Grund des Zerfalls der Monarchisten, der gemäßigten Partei der Rechtsopposition. Dies hat zunächst eine Stärkung des rechten Flügels innerhalb der Christlich-Demokratischen Partei zur Folge. Der Durchbruch auf der Linken ist der *Democrazia Cristiana* nach wie vor nicht gelungen. Diese Tatsache wird auch durch die Ergebnisse der Gemeindewahlen bestätigt. Die Folgen, die sich daraus für die innerparteiliche Entwicklung der Christlichen Demokraten ergeben, lassen sich heute noch nicht absehen. Sie werden sich aber eines Tages zeigen, und sie werden nicht nur positiv sein.

Zweitens ist zu beachten, daß die Christlichen Demokraten nicht die einzigen Nutznießer dieser Entwicklung sind. Immerhin haben gegenüber den letzten Regionalwahlen auch die Neofaschisten mehr als 8000 Stimmen gewonnen. Es ist also bis zur völligen Auflösung der Monarchisten auch mit der weiteren Zunahme der Rechtsextremisten zu rechnen. Diese stellen auf Grund ihrer Zahl selbstverständlich keine akute Gefahr für die italienische Demokratie dar; doch werden sie weiterhin mit dazu beitragen, solide Regierungsmehrheiten zu verhindern, und sie werden auch wie schon bisher auf die Straße gehen und für die nötigen Krawalle sorgen.

Die geringen Verluste der Linken dürfen nicht überbewertet werden, auch müssen die entgegenstehenden Ergebnisse bei den Gemeindewahlen und besonders bei den Provinzwahlen in Görz beachtet werden. Es ist möglich, daß die Partei Nenni eine ähnliche Entwicklung nimmt wie die monarchistische Partei; doch würde der Rückgang der Nenni-Sozialisten in erster Linie den Kommunisten zugute kommen. Es bleibt die Tatsache bestehen, daß vom Rückgang der gemäßigteren Rechts- und Linksopposition in erster Linie die Kommunisten und die Rechtsextremisten profitieren. Jedenfalls wird die Gefahr von links durch die neue Entwicklung nicht beseitigt.

Das Priestertum der Gläubigen Der Verlag Desclée De Brouwer in Brügge veröffentlichte vor wenigen Wochen ein Büchlein im Umfang von 130 Seiten, das ein Hirtenschreiben eines Bischofs zum Inhalt hat, den Hirtenbrief „*Le sacerdoce des fidèles*“ des Bischofs Emil-Joseph De Smedt von Brügge vom 25. April 1961, dem Fest des hl. Markus.

Man darf es wohl als ein kirchliches Ereignis bezeichnen, daß ein Bischof für seine magistrale Lehrverkündung diese Form, diese Ausführlichkeit und Gründlichkeit der Darlegung eines theologischen Gegenstandes gewählt hat. Aus jüngster Zeit gibt es dafür, wenn wir nicht irren, nur zwei ähnliche Fälle: den Fastenhirtenbrief von 1961 des Erzbischofs von Wien, Kardinal König, über die Entwicklung, den Stand und die Probleme seiner Erzdiözese, der aber nicht eine Glaubenslehre zum Gegenstand hat, und den gemeinsamen Hirtenbrief der niederländischen Bischöfe von Weihnachten 1960 über die Bedeutung des Konzils im Leben der Kirche (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 269 ff.). Sonst muß man wohl schon an die berühmt gewordenen großen Hirtenschreiben des verewigten Kardinals Suhard von Paris, besonders an das über den „Aufstieg oder Niedergang der Kirche“ (deutsch im Dokumente-Verlag, Offenburg) zurückdenken, um ein ähnliches Dokument bischöflicher Lehrverkündung zu nennen.

Das Hirtenschreiben des Bischofs von Brügge kann nicht von den Kanzeln verlesen werden. Dafür ist es nicht nur zu lang, sondern auch zu anspruchsvoll. Es will und muß studiert werden. Wiewohl seine Sprache von einer wohlthuenden Schlichtheit und der Aufbau seines Gedankenganges so durchsichtig ist, daß jeder im Glauben unterrichtete Christ das Buch verstehen kann, handelt es sich doch um ein wirkliches Lehrschreiben, das nicht nur erbauen und ermahnen will. Es ist die Absicht des Bischofs, daß seine Priester und die Gläubigen, die ihrer apostolischen Aufgabe bewußt sind, besonders die Mitglieder der Vereinigungen katholischer Aktion, dieses Schreiben studieren und es sich zum Besitz machen. Das bischöfliche Lehrschreiben erhebt also denselben geistigen Anspruch wie die der Glaubenslehre gewidmeten Enzykliken der Päpste.

Wir wissen als katholische Christen, daß nicht nur allein der Papst, sondern auch die Bischöfe im Namen Jesu Christi das Lehramt ausüben. Doch gehört es zu den Ausnahmen, daß sie dabei die Absicht verfolgen, zu einem wirklichen Fortschritt in der Glaubenserkenntnis beizutragen. Das wird heutzutage meist als Aufgabe der päpstlichen Lehrverkündung durch Enzykliken und andererseits als Aufgabe der Theologen angesehen. Zwar gab es unter den Bischöfen immer Gelehrte, die auch nach Übernahme ihres bischöflichen Amtes theologische Werke und Abhandlungen veröffentlicht haben. Aber dann schrieben sie für die Fachwelt. Andere Bischöfe wandten sich auch in Büchern an weitere Kreise, wie Bischof Kepler oder Erzbischof Gröber. Aber dann ging es ihnen meist doch nur um eine besonders volkstümliche Darstellung elementarer christlicher Gedanken. Jedenfalls beabsichtigten sie wohl kaum, unter Einsatz ihrer Auktorität als Lehrer des Glaubens zu sprechen. Wenn es sich um diese handelte, haben sich die Bischöfe der Neuzeit überwiegend auf die immer notwendige Einprägung von Grundwahrheiten, die Erbauung der Gläubigen und Urteile über vordringliche Zeitfragen beschränkt, wobei sie sich im letzteren Fall meist an die päpstlichen Enzykliken und die sonstigen Äußerungen der Päpste anlehnten und diese wiedergaben. In bezug auf den Fortschritt der Glaubenserkenntnis ist die Stimme des Episkopates seit den Zeiten der Väter gegenüber der Stimme des Papstes immer leiser geworden.

Das künftige Konzil wird mit Sicherheit über die Natur des bischöflichen Amtes beraten, und man pflegt die Erwartungen in bezug auf das Ergebnis dieser Beratungen mit dem Schlagwort von der „Aufwertung des Bischofsamtes“ zu bezeichnen. Diese Erwartungen richten sich anscheinend fast ausschließlich auf das Hirtenamt der Bischöfe. Das Schreiben des Bischofs von Brügge lenkt die Aufmerksamkeit auch auf das Lehramt. Er hat nicht als Theologe, sondern als Bischof zu einem Thema gesprochen, das zu den heute ganz besonders wichtigen Anliegen gehört und einen Platz im inneren Bereich unserer Glaubensvorstellungen hat, das aber doch den Gläubigen weithin unbekannt und den Theologen noch nicht bis ins letzte klar ist, so daß hier in mannigfacher Hinsicht ein Fortschritt in der Glaubenserkenntnis not tut. Bischof De Smedt hat sich in seinem Lehrschreiben der reichen theologischen Literatur bedient, die in den letzten zwölf oder fünfzehn Jahren zur Theologie des Laientums erschienen ist, und er hat in den Anmerkungen des Buches auf sie Bezug genommen. So muß wohl der Fortschritt der Glaubenserkenntnis in Verbindung mit den modernen Methoden der theologischen Wissenschaft vor sich gehen.

Was die Gelehrten in ihren Büchern an neuen Erkenntnissen zur Offenbarung vortragen, ist ja zunächst nur ihre eigene Meinung. Das Imprimatur gibt keine Garantie für die Richtigkeit ihrer Erkenntnisse; es besagt nur, daß sie, ob richtig oder falsch, nicht gegen den wahren Glauben verstoßen. Sie gewinnen erst an Bedeutung, wenn sie mehr und mehr zu einem Consensus theologorum werden. Aber auch diesen Consensus konstatiert zunächst wieder nur die Theologie. Erst die Stimme des Lehramtes gibt den Erkenntnissen der Gelehrten Verbindlichkeit. Man hat sich in der Neuzeit daran gewöhnt, daß diese Verbindlichkeit von Rom ausgeht, sei es vom Papst, sei es vom Heiligen Offizium und von der Bibelkommission. Es ist aber gewiß eine Besinnung auf die Fülle der Wahrheit, die der Kirche verliehen ist, wenn Bischöfe kraft ihres Amtes in der Form wirklicher Lehrschreiben die Glaubenserkenntnis nicht nur festigen, sondern auch bereichern.

Der Raum verbietet an dieser Stelle einen Bericht über den Inhalt des Lehrschreibens des Bischofs von Brügge. Er entfaltet im ersten Teil die drei Bereiche des allgemeinen Priestertums der Gläubigen im Opfer, in der Verkündigung des Evangeliums und in der Herrschaft über diese Welt. Besonders der zweite und dritte dieser Aspekte sind noch nicht Allgemeingut unseres Glaubensbewußtseins. Im zweiten Teil handelt das Schreiben von den Beziehungen zwischen Amtspriestertum und allgemeinem Priestertum, wieder in Hinsicht auf diese drei Bereiche. Daraus ergibt sich eine wertvolle Klärung der beiderseitigen Aufgaben gegenüber manchen konfusen Begriffen und, vor allem, eine eindrucksvolle Erkenntnis von der Sendung der Laien nach dem Willen des Herrn, wie er in seiner Offenbarung ausgesprochen ist.

Der Weltkongreß der Christlichen Gewerkschaften in Paris Vom 28. Juni bis zum 1. Juli 1961 fand in Paris der 14. Weltkongreß des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (IBCG) statt. 250

Delegierte aus 46 Ländern, darunter auch die Vertreter der zwölf dem IBCG angeschlossenen Fachinternationalen, waren dazu erschienen. Zum erstenmal seit Bestehen des IBCG nahmen auch Vertreter aus dem englisch sprechenden Afrika an einem IBCG-Kongreß teil. Die Anwesenheit zahlreicher Vertreter aus den afro-asiatischen Ländern zeigte deutlich die Entwicklung, die der IBCG, dem ursprünglich nur europäische Verbände angehörten, nach dem zweiten Weltkrieg genommen hat. Der Kongreß repräsentierte zugleich den derzeitigen Zustand der Christlichen Gewerkschaften in der Welt mit all ihren Problemen, die sich aus der raschen Ausweitung ergeben haben.

Die Entwicklung seit 1945

Der Internationale Bund Christlicher Gewerkschaften wurde 1922 in Den Haag durch vornehmlich niederländische, belgische und französische Initiative gegründet. Der Einfluß der „Gründungsländer“ auf Leitung und Entwicklung ist in den einzelnen Organen des Bundes noch deutlich spürbar, wenn auch nicht mehr so stark wie früher. Vor dem zweiten Weltkrieg umfaßte der IBCG 3,5 Millionen Mitglieder aus den verschiedenen europäischen Ländern. Die Hauptbastionen der Christlichen Gewerkschaften bildeten neben Belgien, den Niederlanden und Frankreich Deutschland und Italien.

Nach dem Kriegsende im Jahre 1945 konnte der Bund seine Tätigkeit bald wieder aufnehmen, hatte aber auf Grund der damaligen Verhältnisse keine besonders günstigen Startbedingungen. Zunächst hatte es den Anschein — besonders in den Ländern, in denen die Christlichen Gewerkschaften noch keine genügend starke Tradition besaßen —, als seien Richtungsgewerkschaften christlicher Prägung nicht besonders gefragt. In Deutschland entstand unter dem Einfluß der Besatzungsmächte und gewisser psychologischer Folgen der Vergangenheit die Einheitsgewerkschaft (DGB), in der sich der sozialistische Einfluß bald übermächtig ausbreitete. In Italien bildete sich neben dem kommunistischen Gewerkschaftsbund (CGIL) und der kleinen Gruppe der sozialdemokratischen Gewerkschaftler der Freie Gewerkschaftsbund Italiens, der sich, obwohl unter dem entscheidenden Einfluß führender Christlicher Demokraten stehend, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) anschloß. Nur in Frankreich, Belgien und Holland konnten die Christlichen Gewerkschaften bald wieder festen Fuß fassen und ihren Einfluß gegenüber den mächtigen sozialistischen bzw. kommunistischen Verbänden geltend machen. In Frankreich bilden die Christlichen Gewerkschaften zusammen mit den Forces Ouvrières ein kräftiges Gegengewicht zu dem starken kommunistischen Gewerkschaftsverband.

Die Verluste in den europäischen Ländern und die ungünstige Ausgangsposition nach dem Kriege mögen mit ein Grund dafür gewesen sein, daß der IBCG seine Aktivität mehr und mehr auf die aufstrebenden außereuropäischen Länder (besonders in Südamerika) und auf die unabhängig gewordenen Länder Asiens und Afrikas konzentrierte.

Heute rekrutiert sich der Mitgliederzuwachs zu 70 Prozent aus den Entwicklungsländern. Berücksichtigt man die vielfachen Schwierigkeiten und Gefahren, denen die Christlichen Gewerkschaften besonders in diesen Ländern ausgesetzt sind (kommunistischer Einfluß, autoritäre Regime, veraltete paternalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen), so verdienen ihr Aufschwung und ihre Leistungen während der letzten Jahre hohe Anerkennung. Als ein Beispiel dafür soll hier nur die Tatsache erwähnt werden, daß in der ganzen Zeit der kongolesischen Wirren die Christliche Gewerkschaftsbewegung die einzige Organisation im Lande war, die ihre Aufgaben trotz Chaos und Anarchie durchführte.

Heute umfaßt der IBCG nach Angaben seines neuen Präsidenten Bouladoux ca. 7 Millionen Mitglieder. Die Hälfte davon gehören bereits außereuropäischen Ländern an. Am stärksten davon ist Südamerika mit über einer Million Mitglieder vertreten. Nach Angaben des Generalsekretariates hat der IBCG weitere 750 000 Mitglieder in Asien, besonders in Vietnam und Indonesien, und 400 000 in Afrika. In Europa ist Frankreich mit über einer Million Mitglieder der stärkste Verband. An zweiter Stelle steht Belgien mit 650 000 Mitgliedern. Die Christliche Gewerkschaft Deutschlands (CGD), die sich 1955 vom DGB getrennt hat, zählt heute etwa 200 000 Mitglieder. Ebenso stark sind die Christlichen Gewerkschaften in Österreich, die jedoch weiterhin als christliche Fraktion im sozialistisch beeinflussten Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) verblieben sind. Auf internationaler Ebene sind sie jedoch dem Internationalen Bund Christlicher Gewerkschaften angeschlossen.

Als Nachfolger des im vorigen Jahr verstorbenen Präsidenten Gaston Tessier wählte der Kongreß den Franzosen Maurice Bouladoux mit überwältigender Mehrheit. Der neue Präsident verdankt diesen Erfolg in erster Linie seiner Arbeit innerhalb der Christlichen Gewerkschaften. Er war nacheinander stellvertretender Generalsekretär, Generalsekretär und zuletzt Präsident der Christlichen Gewerkschaften Frankreichs (CFTC). Der neue Präsident verfügt also über reiche Erfahrungen. Er wird sie sicher — trotz der ihm nachgesagten Linkstendenzen — dem Gesamtvorstand des IBCG zugute kommen lassen.

Außer dieser Neuwahl hatte der Kongreß die Aufgabe, sich mit drei zentralen Fragenkreisen auseinanderzusetzen: 1. der Überprüfung und Änderung der Verbandssatzungen; 2. der Beratung eines neuen Grundsatzprogrammes; 3. der Neuformulierung eines entsprechenden Aktionsprogrammes. Er sollte jedoch in keiner dieser Fragen endgültig entscheiden, sondern die vom Generalsekretär vorgelegten provisorischen Entwürfe beraten und entsprechende Richtlinien ausarbeiten. Diese Arbeit wurde von Sonderkommissionen geleistet, deren Ergebnisse den einzelnen Nationalleitungen zugeleitet werden. Das Generalsekretariat soll dann die endgültigen Entwürfe ausarbeiten und dem nächsten außerordentlichen Kongreß des IBCG, der im nächsten Frühjahr stattfinden wird, zur Beschlußfassung vorlegen. Die Debatten im Plenum und in den Ausschüssen sowie die Vorsicht der Verbandsleitung in der Behandlung der drei genannten Themen zeigten deutlich die Schwierigkeiten, vor denen der Bund zur Zeit steht.

Hinsichtlich der Satzungsänderungen handelte es sich darum, den jeweils verschiedenen nationalen und kontinentalen Verhältnissen besser Rechnung zu tragen. Es ging vor allem um die Verankerung des föderalistischen Prinzips in der Führung der Gewerkschaften und deren organisatorischen Aufbau. Dabei gaben die organisatorischen Schwierigkeiten nicht allein den Ausschlag. Ebenso entscheidend waren dafür die sehr verschiedenen wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern. Tatsächlich besteht bereits heute im IBCG ein De-facto-Föderalismus, da eine beträchtliche Anzahl von nationalen Verbänden auf regionaler Ebene zusammengefaßt sind. Es gibt gegenwärtig einen europäischen Verband mit Sitz in Brüssel, einen lateinamerikanischen Regionalverband mit Sitz in Santiago (Chile) und einen afrikanischen Regionalverband mit den beiden Sekretariaten in Brazzaville (ehemals Französisch-Kongo) und in Dakar (Senegal). Für Asien wurde ein eigenes Sekretariat in Saigon (Vietnam) errichtet. Die Gründung einer autonomen regionalen Organisation für Asien steht bevor. Die Bildung einer eigenen regionalen Organisation war besonders in Lateinamerika notwendig geworden, wo die Aktivität der christlichen Gewerkschaftler durch die häufig sich wechselnden Regime besonders gehemmt wird (vgl. „Informations catholiques internationales“, 15. 6. 61, S. 17).

Diese autonomen Verbände waren jedoch ursprünglich in der Konstitution des Bundes nicht vorgesehen. Da aber niemand mehr die Notwendigkeit einer regionalen Gliederung bestreitet, gilt es, die Regionalverbände jetzt in der Verfassung zu verankern sowie die Kompetenzen dieser Verbände und die Grenzen ihrer Autonomie festzulegen. Die Notwendigkeit einer solchen statutenmäßigen

Verankerung wurde nicht nur von den Vertretern der nationalen Verbände, sondern auch vom Generalsekretariat eindringlich vorgetragen. Nach Meinung des Generalsekretariates ist zwischen der berechtigten Autonomie und den Erfordernissen der Einheit des IBCG der rechte Ausgleich zu schaffen. Auf keinen Fall sollte den regionalen Verbänden das Recht zuerkannt werden, nationale Verbände aus eigener Vollmacht zu affiliieren. Das Generalsekretariat wünscht nicht zuletzt wegen der notwendigen ideologischen und organisatorischen Einheit sich die letzte Entscheidung vorzubehalten. Angesichts der unterschiedlichen Auffassungen und der verschiedenartigen Situation der Gewerkschaftsverbände in den einzelnen Kontinenten ist der Wunsch nach einer strafferen zentralen Leitung trotz berechtigter Autonomie mehr als verständlich.

Die weltanschauliche Basis

Die Ausdehnung des Verbandes und die damit verbundene Verlagerung der Schwerpunkte auf den außereuropäischen Raum machte auch eine Überprüfung der weltanschaulichen Basis notwendig. Die Probleme, die der IBCG dabei zu bewältigen hat, sind sehr komplex. Die Gewerkschaften stehen hier wie viele andere christlich oder konfessionell inspirierte Verbände und Institutionen vor der Frage, ob angesichts der gegenwärtigen Entwicklung eine Bewegung mit primär wirtschafts- und sozialpolitischen Zielsetzungen auf internationaler Ebene mit rein konfessioneller oder christlicher Basis noch möglich oder dienlich ist oder ob taktische wie grundsätzliche Erwägungen einen Verzicht auf ein eindeutig christliches Programm notwendig machen. Die Christlichen Gewerkschaften haben sich von Anfang an mit dieser schwierigen Frage auseinandergesetzt. Sie wollten in ihrer Mehrheit keine Verbände auf rein konfessioneller Grundlage. Trotzdem gab es in einzelnen Ländern, wie z. B. in Holland, Verbände, die zwar dem IBCG angeschlossen, auf nationaler Ebene jedoch rein konfessionell aufgebaut waren (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 551 ff.). Doch stand die Christliche Gewerkschaftsbewegung immer schon unter stark katholischem Einfluß, da ja die Masse ihrer Mitglieder in den mehrheitlich katholischen Ländern selbstverständlich Katholiken sind.

Die kirchliche Autorität billigte die Bildung konfessionell gemischter Gewerkschaften in Ländern, in denen es zweckmäßig schien. Später wurde auch die Beteiligung der Katholiken an den Einheitsgewerkschaften, dort, wo sie vom Gemeinwohl verlangt wird, gutgeheißen. Andererseits hat aber gerade die starke kommunistische bzw. sozialistische Vorherrschaft in den Einheitsgewerkschaften erst zur Bildung eigener Christlicher Gewerkschaften geführt. Inzwischen hat sich die Lage in manchen Ländern beträchtlich verändert. In Ländern mit stark christlich-sozialer Gewerkschaftstradition wie in Frankreich und Belgien bahnt sich mehr und mehr eine gewisse Zusammenarbeit zwischen den christlichen und den sozialistischen Gewerkschaften an. In anderen Ländern mit Einheitsgewerkschaften, wie in Deutschland und Österreich, setzt sich jedoch eher eine gegenteilige Entwicklung durch. Wieder anders ist die Lage in Italien.

Zu dieser etwas komplizierten Situation in den europäischen Ländern kommt nun als weiteres Problem die Stellung der Christlichen Gewerkschaften zu den nichtchristlichen Arbeitern in den afro-asiatischen Ländern. Bei den

Diskussionen über ein neues Grundsatzprogramm stand diese Frage im Vordergrund. Die Zahl der Christen in Asien und Afrika ist zu gering, als daß sie eine aktionsfähige Gewerkschaftsbewegung entwickeln könnten. Daher will man die Mitgliedschaft innerhalb des Verbandes nicht auf Christen beschränken. Nun bilden aber die Prinzipien der christlichen Weltanschauung, insbesondere die Prinzipien der christlichen Soziallehre, das geistige Fundament der Christlichen Gewerkschaften in Europa. Doch waren auch diese — streng genommen — niemals gemeinsame Grundlage aller europäischen Gewerkschaftsmitglieder; denn eine für Katholiken, evangelische und reformierte Christen gemeinsam verbindliche christliche Soziallehre gibt es bekanntlich nicht (vgl. Herder-Korrespondenz 14. Jhg., S. 235). Die gegenseitige Annäherung in sozial-ethischen Fragen auf naturrechtlicher Basis oder der des natürlichen Sittengesetzes, um die man sich heute bemüht, darf wohl nicht unter-, aber auch nicht überschätzt werden (vgl. Franz Böckle, Grundprobleme evangelischer Ethik in katholischer Sicht, in: „Catholica“, Jhg. 15, Heft 1, S. 1—23).

*Die Problematik
einer Christlichen Gewerkschaft von Nichtchristen*

Auf diesen Umstand weisen mit Recht die Befürworter einer nicht nur akzidentellen, sondern grundsätzlichen Ausdehnung der Gewerkschaftsmitgliedschaft auch auf nichtchristliche Arbeitnehmer hin. Sie können dazu noch ein weiteres Argument anführen: daß man nämlich auch in europäischen Ländern bisher bei der Aufnahme in den Verband nicht nach der religiösen Praxis der Bewerber gefragt hat. Zieht man demzufolge den Kreis der potentiellen Mitglieder weiter, dann erhebt sich freilich die Frage, wodurch sich eine solche, nicht mehr auf christliche Mitglieder beschränkte Gewerkschaft von den sog. freien Gewerkschaften unterscheidet. Die Aufnahme von Nichtchristen hat dort keinen Einfluß auf die grundsätzlich christliche Ausrichtung des Verbandes, wo diese eine mit den christlichen Gewerkschaftlern sympathisierende Minderheit darstellen. Das Problem stellt sich aber anders, sobald ein National- oder Regionalverband sich mehrheitlich aus Nichtchristen zusammensetzt. Solche Verbände existieren bereits. (So stellen in verschiedenen asiatischen und afrikanischen Verbänden die Christen nur etwa 10 Prozent der Mitglieder. Der Vorstand in Brüssel hat dieser Tatsache insofern Rechnung getragen, als er zwei Nichtchristen [einen Buddhisten aus Vietnam und einen nichtchristlichen Afrikaner] in den Vorstand berufen hat.) Eine beträchtliche Anzahl europäischer Gewerkschaftler melden gegen diese Entwicklung starke Bedenken an. Sie sagen: Wenn der Großteil der Gewerkschaftsmitglieder Nichtchristen sind, dann kann man nicht mehr von Christlichen Gewerkschaften sprechen. Ebenso ist dann auch eine grundsätzliche christliche Orientierung des Nationalverbandes nicht mehr möglich.

Man verwechselt bei solchen Überlegungen jedoch offenbar zwei Ebenen: die gewerkschaftliche, d. h. die wirtschafts- und sozialpolitische, und die geistig-religiöse, auf der die christlichen Arbeitervereine von jeher ihre spezifischen Bildungsaufgaben erfüllen. Die Frage der Weltanschauung ist freilich auch auf der gewerkschaftlichen Ebene nicht gleichgültig, vor allem, wenn man sich heute auf wirtschafts- und sozialpolitischem Felde mit den kommunistischen Gewerkschaften als dem gefährlichsten weltanschaulichen Gegner auseinandersetzen muß. Doch

wirkt sich gerade hier die Tätigkeit der christlichen Arbeitervereine auf die gewerkschaftlichen Aktionen sehr reich aus. Sie sind der Sauerteig. Sie garantieren die christliche Substanz der Christlichen Gewerkschaften. So ist die Lage jedenfalls in Europa.

In den außereuropäischen Ländern ist sie jedoch vollkommen anders. Den Gewerkschaften fallen dort eine Reihe von Aufgaben zu, bei denen sich der sozialpolitische Aspekt nicht so einfach von dem kulturell-erzieherischen trennen läßt wie in Europa. Außerdem fehlen in fast allen diesen Ländern die für die Gewerkschaftsarbeit so wichtigen Arbeiterbildungseinrichtungen aus christlichem Geist. Die Gewerkschaften müssen deren Aufgaben in den Entwicklungsländern mitübernehmen. Sie dürfen sich nicht mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder begnügen; sie müssen die Menschen kulturell und politisch heranbilden, damit sie fähig werden, ihre Probleme auch geistig zu bewältigen. Eine solche Arbeit kann jedoch nicht ohne verbindliche geistige Basis geleistet werden. Sie ist in Asien und Afrika um so entscheidender, als sie nicht einfach ex aliunde übernommen werden kann. Denn es gibt in diesen Ländern keine geistige Kraft, die der kommunistischen Gefahr wirksam begegnen könnte.

Es ist das Verdienst des Generalsekretärs der IBCG, August Vanistendael, sowohl Aufgaben wie Chancen, die sich aus dieser Situation für die Christlichen Gewerkschaften ergeben, erkannt zu haben. Nach seiner Meinung besteht in der Ausdehnung der Mitgliedschaft auch auf nichtchristliche Arbeitnehmer die einzige Existenzmöglichkeit der Christlichen Gewerkschaften in den Entwicklungsländern. Zugleich würde dieser Schritt verhindern, daß die Christlichen Gewerkschaften je länger, desto mehr zu einer rein europäischen Institution verengt werden und damit von vornherein von den großen Entscheidungen ausgeschlossen wären; denn die Zukunft der Arbeiterschaft wird in absehbarer Zeit nicht mehr in Europa allein entschieden. Zudem wird der freien Welt durch die Gründung von Gewerkschaften „Gläubiger Arbeiter“ (wie Vanistendael den neuen Gewerkschaftstyp nennt) eine neue Chance gegeben, dem Einfluß der Kommunisten in den Entwicklungsländern wirksamer als bisher entgegenzutreten.

Aber es sind nicht diese Überlegungen allein, die den christlich orientierten bzw. an Gott glaubenden Gewerkschaftlern in den Entwicklungsländern neue Aufgaben zuweisen. Wenn die Gewerkschaften sich ihrer ganzen Verantwortung bewußt sind, so haben sie auch besondere Mittelaufgaben zwischen dem Christentum und den afro-asiatischen Kulturen zu erfüllen. Die nichtchristlichen Arbeiter, die sich den Christlichen Gewerkschaften anschließen, mögen dies zunächst aus einer antikommunistischen Haltung heraus und aus der Überzeugung tun, daß die Erfüllung rein materieller Forderungen für die Wahrung der menschlichen Würde des Arbeiters nicht genügt. Sie schließen sich den Christlichen Gewerkschaften an, weil diese ihnen ein ethisch-religiöses Fundament bieten, das sie in der eigenen Religion oft vergebens suchen. Denn ihre Religion hat keine Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Sie begegnen dem Christentum auf einem Felde, wo sie es vorher gar nicht vermutet hatten. Das besagt nicht, daß nichtchristliche afrikanische oder asiatische Gewerkschaftsmitglieder schon dadurch als halbe Mitglieder der Kirche zu betrachten wären. Auch werden sich die Christlichen Gewerkschaften davor hüten, in falsch verstandenem Sinne „missiona-

risch“ tätig zu werden. Sie begegnen den Asiaten und Afrikanern als Christen und arbeiten mit ihnen als Gewerkschaftler zusammen. Umgekehrt begegnen die Afrikaner und Asiaten den christlichen Europäern im IBCG bei der Bewältigung lebenswichtiger Fragen. Diese Gemeinschaft wird Früchte tragen.

Berücksichtigt man alle diese Überlegungen, so wird man leichter den Wunsch der christlichen Gewerkschaftsführer und der im IBCG vertretenen afro-asiatischen Arbeitnehmer nach einer Realisierung der neuen, von Vanistendael entworfenen Konzeption der Christlichen Gewerkschaften verstehen. Die Gefahren, die mit dieser Ausweitung verbunden sind, dürfen freilich nicht bagatellisiert werden. Es besteht vor allem die Gefahr der Grundsatzverwischung, wenn mit der Namensänderung und der Aufnahme von Nichtchristen in Führungspositionen zugleich ein religiöser oder auch nur konfessioneller Indifferentismus gefördert würde. Dieser Gefahr sollte jedoch durch die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms in Paris begegnet werden. Mehr als auf die theoretische Grundlegung wird es dabei freilich auf die Handhabung der Prinzipien in der Praxis ankommen. Die Pariser Konferenz war sich dessen bewußt. Es muß daher als ein Zeichen besonderer Verantwortung gewertet werden, daß das neue Grundsatzprogramm nicht schon bei diesem Kongreß dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt wurde, sondern die Abstimmung darüber dem nächsten Kongreß vorbehalten worden ist.

Das Aktionsprogramm

Auch die genaue Umgrenzung des künftigen Aktionsprogrammes wurde auf den nächsten Kongreß verschoben. In den einzelnen Debatten und Entschlüssen wurden jedoch einige Probleme berührt, die für die Tätigkeit des IBCG von besonderer Bedeutung sind.

Eines der positivsten Merkmale des Kongresses war die Tatsache, daß die Gespräche um das geplante Aktionsprogramm sich weniger um wirtschaftliche als um sozial-erzieherische Fragen drehten. Der IBCG hat die Bildungsaufgaben, die ihm die Gegenwart stellt, erkannt und mutig in Angriff genommen. Besonders erfreulich war, daß nicht nur die europäischen Redner das Hauptgewicht auf kulturelle und bildungsmäßige Aufgaben legten, sondern auch die Vertreter der Entwicklungsländer, die in zahlreichen Grußworten und Interpellationen ausführlich dazu Stellung nahmen. Hin und wieder wurden Stimmen laut, die eine kräftigere Unterstützung der afro-asiatischen Arbeitnehmer durch Europa und die europäischen Arbeiter verlangten. Der Generalsekretär ging in seinem Geschäftsbericht ausführlich auf die Frage der Entwicklungsländer ein und stellte sie als zentrales Problem der Gewerkschaftsarbeit in den Vordergrund. Er wies auf den Solidaritätsfond hin, der zu diesem Zweck geschaffen worden ist, und forderte zu einer kräftigeren Unterstützung dieses Fonds auf. Besonders eindringlich appellierte er an die Regierungen der europäischen Länder, einen bestimmten Teil ihres Nationaleinkommens für den Aufbau der Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen.

Einen breiten Raum nahm in den Diskussionen die Frage der Gewerkschaftsfreiheit ein. Diese Frage ist in den jungen Demokratien in Afrika, aber noch mehr in den lateinamerikanischen Ländern von besonderer Aktualität. Vielfach haben dort die Christlichen Gewerkschaften

unter den einander ablösenden diktatorischen Regimen zu leiden. Die Gewerkschaften werden hier auch häufig von den Regierungen zu deren Zwecken mißbraucht, gleichgeschaltet oder einseitig begünstigt. In einer Eingabe an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) wurde ausdrücklich eine Untersuchung über die Gewerkschaftsfreiheit in verschiedenen Ländern gefordert. Eingehend wurde über die Zusammenarbeit mit den verschiedenen internationalen Organisationen beraten. Der Generalsekretär berichtete über die Beziehungen des IBCG zur UNESCO, FAO und ILO, bei denen der IBCG als beratende Organisation vertreten ist. Durch Kontaktstellen bei der EWG und beim Europarat versucht der IBCG auch die Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen zu intensivieren. Eine Reihe von aktiven christlichen Gewerkschaftlern arbeiten an verantwortlicher Stelle in den europäischen Institutionen mit.

Einen weiteren Gegenstand der Debatten bildete das Verhalten des IBCG gegenüber dem kommunistisch gesteuerten Weltgewerkschaftsbund (WGB). Klar war man sich darüber, daß der IBCG keinerlei Kontakte mit den kommunistischen Gewerkschaften unterhalten dürfe, daß er sich aber über die wirtschaftliche und sozialpolitische Entwicklung in den Volksdemokratien informieren müsse. Hinsichtlich des taktischen Verhaltens gegenüber den kommunistischen Gewerkschaften waren deutliche Differenzen festzustellen zwischen Vertretern aus Ländern in der Nähe des eisernen Vorhanges und solchen aus den übrigen europäischen Ländern, in denen sich christliche Gewerkschaftler aus sozialpolitischen Erwägungen heraus veranlaßt sehen, unter bestimmten Umständen mit den kommunistischen Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen. Die gewerkschaftliche Lage in den einzelnen Ländern ist aber so verschiedenartig, daß einheitliche Direktiven hinsichtlich des taktischen Verhaltens weder möglich noch notwendig sind. Unerläßlich für die christlichen Gewerkschaftler ist auf jeden Fall eine genauere Kenntnis der kommunistischen Taktik. Die hitzigen Debatten, die über diesen Gegenstand geführt wurden, zeigten, daß es hier noch einiges zu klären gibt.

Aus den Missionen

Daß die Glaubensboten die kulturellen Werte der einzelnen Völker pflegen und in kluger Weise mit dem Glaubensleben in Einklang bringen. Missionsgebetsmeinung für September 1961

Jenen, die meinen, wir gingen in der äußerlich eins werdenden Welt einer Einheitskultur entgegen, mag diese Gebetsmeinung wie ein Anachronismus erscheinen. Warum soll die Mission pflegen, was offensichtlich doch dem Untergang geweiht ist? Man sagt, die Welt, vor die sich die Missionen heute gestellt sehen, sei von der westlichen Welt nicht mehr sehr unterschieden. Der Geist der naturwissenschaftlich-technischen Zivilisation nage an den stolzen Gebäuden der alten Kulturen, um sie allmählich zum Einsturz zu bringen, nachdem sie die Primitivkulturen schon zertrümmert hat. Die technische Zivilisation sei Weltzivilisation geworden. Sie veranlasse zwangsläufig zur Annahme gleichartiger Anschauungen, Haltungen, Lebensformen. Die Ordnungsprinzipien der Maschine revolutionierten auch die Denkbereiche. Zudem träten alle noch bestehenden geprägten Kulturen unter dem Ein-

fluß der raumüberwindenden Technik in immer stärkeren Kontakt und Austausch, ja sie beeinflussten einander immer mehr. Das Ende könne nur eine Einheitskultur sein.

Eigensein und Eigenrecht der Kulturen

Sicherlich stellen Kulturen keine starren Gebilde dar, da sie Ausdruck des Lebens sind, und zwar des seelischen Lebens der Völker. Mit den Völkern, die sie tragen, können sie Aufstieg, Entwicklung und Niedergang „erleben“, ja sogar mit ihnen untergehen. Sie können ferner einander beeinflussen. Tatsächlich hat die moderne Entwicklung eine wachsende gegenseitige Beeinflussung der Kulturen der ganzen Welt gebracht. Auf dem Gebiete der materiellen Kultur (Zivilisation) ist die weitgehende Angleichung unbestritten. Man hat gesagt, die Kulturen erhielten durch die technische Weltzivilisation einen gemeinsamen Nenner. Aber auch die Zähler werden, wenn wir im Vergleich bleiben, aufs tiefste beeinflusst. Man denke hier vor allem an die Einflüsse der wissenschaftlich-technischen Weltanschauung auf die Stellung der Menschen zur Natur und ihrer Beherrschung, an gewisse zwangsläufige Veränderungen der Lebensgestaltung in der industriellen Gesellschaft, an so viele Ideen, die man die *idéés-forces* genannt hat und die heute wie Induktionsströme durch die ganze Welt gehen, an Einflüsse der Mode, des Sports usw.

Aber diese Angleichung hat ihre Grenzen, und sie wird immer weniger unbesehen angenommen, je mehr die Einflüsse sich dem eigentlichen geistigen Kern der Kulturen nähern. Selbst wo sie zwangsläufig übernommen werden, bemühen sich die Völker, ihnen den Stempel ihres Eigenseins aufzuprägen. Gerade in dem Augenblick, in dem nivellierende Kultur Tendenzen durch die Welt gehen, ist dieses Bemühen stärker, als man angesichts des Siegeszugs der technischen Zivilisation und des erwachten Gefühls für die Schicksalsverbundenheit der ganzen Menschheit hätte erwarten sollen. So erleben wir, um ein Wort von Jean Daniélou SJ zu zitieren, daß in unserer Zeit „ein geschärftes Bewußtsein der Einheit der Menschheit einhergeht mit einem nie erlebten leidenschaftlichen Ausdruck der kulturellen Partikularismen“.

Dies ist nur zu natürlich. Denn Gott hat eine vielgestaltige Welt geschaffen. Die Völker sind in ihren Anlagen differenziert. In seiner ersten Enzyklika, *Summi Pontificatus*, sprach seinerzeit Pius XII. von den besonderen Kräften und Neigungen der Völker, die ihre Wurzeln in den tiefsten Anlagekräften jedes völkischen Zweiges haben. Zu den kulturdifferenzierenden Kräften gehören ferner die religiösen und philosophischen Vorstellungen, die gemeinsame Geschichte, die Traditionen, die Gegebenheiten des Klimas, des Bodens, die mehr oder weniger große Härte des Daseinskampfes usw. Dies alles schafft zusammen bei jedem Volk eine charakteristische Prägung seiner Kultur, die diese von jener anderer Völker unterscheidet. Der verewigte Pierre Charles SJ hat dem Studium der Kulturfragen zeit seines Lebens eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet, weil er es zur Lösung des Anpassungsproblems in den Missionen für unerlässlich hielt. Immer wieder zeigte er, wie der Einzelmensch in die Kultur seines Volkes eingebettet ist, in Abhängigkeit von ihr steht, und zwar von der Geburt bis zum Tode; wie ferner eine Kultur sich stets als Ganzes fühlt und jeden Einbruch erbittert abwehrt; wie sie schließlich Neues, das sie aufnimmt, stets dem Ganzen der Kultur zu assimilieren sucht.

Es kann uns deshalb nicht überraschen, wenn die Auffassung so vieler Gelehrter im kirchlichen und außerkirchlichen Raum des 19. Jahrhunderts, die europäische Kultur werde Weltkultur, durch die Entwicklung des 20. Jahrhunderts widerlegt wird. Die Welle des Europäismus, die im Gefolge der westlichen Ausbreitung und Vorherrschaft über die Erde ging, hinterläßt gewiß tiefe Spuren im Kulturleben Asiens und Afrikas. Sie führt auch zu Modifizierungen und Angleichungen, aber sie vermag die „Seele“ der einzelnen Kulturen, ihr spezifisches Eigensein, ihre grundlegende Strebekraft, ihren Kulturstil (das „Pattern“ einer Kultur, wie man, schwer ins Deutsche übertragbar, im Englischen sagt) nicht zu beseitigen oder zu verändern. Was Prof. Ohm vor fünf Jahren (Europäisch-asiatischer Dialog, Düsseldorf 1956) in bezug auf Asien schrieb, wird heute auch in Afrika sichtbar: „... So ist der Europäismus in Bedrängnis, Abbau und Agonie.“ Die Kultur eines Volkes ist deshalb nicht nur ein menschlicher Wert, in dessen vielgestaltigem Ausdruck innerhalb der Völkerfamilie sich die unendliche Schöpferkraft Gottes unvollkommen, aber wirklich widerspiegelt, sondern auch eine sehr reale Macht von unerhörter Widerstandskraft, die man im Zeitalter des Europäismus durchaus unterschätzte und die heute erneut von jenen unterschätzt wird, die von dem Entstehen einer allgemeinen Weltkultur sprechen, mögen sie sich diese „Weltkultur“ auch nur als eine Gesamtheit mit untergeordneten völkischen Differenzierungen vorstellen.

Wie nun jeder das Recht auf die Bewahrung seines eigenen Charakters und der ihm von Gott gegebenen Anlagen besitzt, so auch ein Volk als Ganzes auf die Erhaltung dessen, was ihm geistig eigen ist. Und wie jeder ein Recht auf das besitzt, was er mit seinen eigenen Fähigkeiten hervorbringt, so auch ein Volk auf die Werte, die es aus seinem eigenen Genius erzeugt. Niemand darf ihm die Pflege dieser Werte verwehren. Voraussetzung ist natürlich, daß es sich um Werte handelt, die vor dem göttlichen Gesetz nicht als Unwerte erscheinen.

Die Erhaltung seiner echten Kulturwerte ist für ein Volk von größter Bedeutung. Das Kulturerbe gibt ihm innere und äußere Einheit, jenen Gemeinschaftsgeist, der die Bürger miteinander verbindet und sie zur Zusammenarbeit führt. Diese Werte sind und bleiben die Grundlage seines kulturellen Fortschritts. Sie haben auch für die ganze menschliche Familie insofern eine Bedeutung, als sie den Beitrag darstellen, den jedes Volk bzw. jede Nation zum kulturellen Fortschritt der Menschheit als solcher leistet.

Mission und örtliche Kulturen

Die unmittelbare Folgerung aus diesen Tatsachen ist, daß die Mission unklug und unrecht handelte, wenn sie die ehrbaren Äußerungen der Kultur eines Volkes unbeachtet ließe oder diese Kultur etwa durch die Kultur der Heimat der Missionare bewußt und systematisch zu verdrängen suchte. Die zur Begründung solcher Haltungen geltend gemachte Tatsache, die nichtchristlichen heidnischen Kulturen seien in sich durch und durch minderwertig, verdorben und schlecht, findet in der Lehre der katholischen Kirche keine Rechtfertigung. In diesem Zusammenhang wird gerne die für jene Zeit erstaunlich klare und feste Haltung der Propagandakongregation (gegründet 1622) hervorgehoben, die im Jahre 1659 in einer Anweisung an die ersten von ihr nach Ostasien ausgesandten Apostolischen Vikare der Pariser Missionsgesellschaft zum Aus-

druck kam: „In keiner Weise sollt ihr jene Völker dazu zwingen, ihre Gebräuche, Gewohnheiten und Sitten zu ändern, wofern sie nicht offensichtlich gegen Glauben und gute Sitten verstoßen. Was könnte es auch Törichtereres geben als Frankreich, Spanien, Italien oder ein anderes Land nach China übertragen zu wollen! Nicht dies, vielmehr den Glauben, der keines Volkes Sitten und Gewohnheiten, soweit sie nicht schlecht sind, verwirft und bekämpft, sie vielmehr unverletzt zu erhalten wünscht, sollt ihr ihnen bringen. Da es fast zur Natur der Menschen gehört, daß sie das Eigene, besonders ihre eigene Nation den übrigen Nationen an Wertschätzung und Liebe vorziehen, gibt es keine stärkere Ursache für Haß und Entfremdung als die Abänderung der heimatlichen Gebräuche, vorzüglich jener, an die sich die Menschen seit den Zeiten ihrer Väter gewöhnt haben. Dies gilt besonders, wenn man statt der abgeschafften Sitten jene der eigenen Nation einführt und auferlegt. Deshalb sollt ihr die Sitten jener Völker niemals (im Apostolat) den europäischen gegenüberstellen, vielmehr euch mit aller Sorgfalt ihnen anpassen.“ Die Missionsgeschichte der Zeit vor dieser Erklärung und jener der letzten Jahrhunderte zeigt, daß in der Praxis der Mission oft gegen das oben aufgestellte Prinzip gefehlt wurde, bisweilen unter dem Zwang fast unüberwindlicher äußerer Umstände (Kolonialismus) oder aus mangelnder Prinzipienklarheit von Missionaren oder aus dem Zeitgeist heraus, dem sich auch die Diener der Kirche unbewußt beugten. Aber die Lehre der Kirche ist seit den Zeiten des hl. Paulus (vgl. 1 Thess. 5, 21—22; 1 Kor. 9, 20—22) dieselbe geblieben. Die letzten Päpste haben sie im Zeitalter des zu Ende gehenden Kolonialismus mit besonderem Nachdruck eingeschärft. Aus den zahlreichen Texten dieser Art, die immer von dem Gedanken der Transzendenz der Kirche hinsichtlich der Kulturen ausgehen, seien nur einige wenige zitiert, die für unser Thema besonders beweiskräftig sind. In einer Botschaft an die Katholiken Indiens vom 31. Dezember 1952 erklärte Pius XII.: „Es ist kaum notwendig, euch daran zu erinnern, daß die katholische Kirche von niemandem verlangt, seine Sitten und Gebräuche aufzugeben, daß sie niemanden zwingt, ausländische Lebensformen anzunehmen. Die Kirche gehört sowohl dem Orient als dem Okzident. Sie ist an keine besondere Kultur gebunden.“ Ein Jahr vorher hatte der gleiche Papst in der Enzyklika *Evangelii Praecones* (vgl. Herder-Korrespondenz 5. Jhg., S. 547) sich ausführlicher zu dieser Frage geäußert: „Es bleibt Uns noch ein Punkt zu berühren, von dem Wir wünschen, daß alle ihn völlig klar erfassen. Die Kirche hat seit ihrem Ursprung bis heute stets die sehr weise Regel befolgt, daß das Evangelium bei den Völkern, die es annehmen, nichts zerstören und auslöschen soll, was in ihrem Charakter und in ihren Anlagen gut, schön und edel ist. In der Tat handelt die Kirche, wenn sie die Völker aufruft, sich unter Führung der christlichen Religion zu einer höheren Form von Menschlichkeit und Kultur zu erheben, nicht wie jener, der achtlos einen üppigen Wald niederschlägt, ihn plündert und ausrottet, sondern sie macht es wie der Gärtner, der ein Edelreis auf den Wildling aufpfropft, damit er eines Tages saftigere und süßere Früchte trägt.“ Der Papst fügt dann auch den theologischen Grund für diese Stellung zur heidnischen Kultur an: „Die menschliche Natur hat in sich, wenn sie auch durch Adams Fall mit erblicher Schuld befleckt ist, etwas von Natur aus Christliches bewahrt, das sich, vom göttlichen Licht erleuchtet und von

der Gnade genährt, zu echter Tugend und übernatürlichem Leben erheben kann.“ Nachdem er dies näher erläutert hat, weist Pius XII. auf die Ausführungen hin, die er im Jahre 1944 vor den Leitern der Päpstlichen Missionswerke machte: „Der Missionar ist der Kündler des Evangeliums und Bote Jesu Christi. Seine Aufgabe ist es nicht, die Kultur, die die europäischen Völker entfaltet haben, so, wie sie ist, zu den fernen Missionsländern zu bringen, sondern diese neuen Völker, die oft mit Stolz auf eine sehr alte Kultur zurückblicken, so zu belehren und heranzubilden, daß sie fähig werden, mit eifrigem und verlangendem Herzen die Grundsätze der christlichen Sitten und des christlichen Lebens aufzunehmen. Diese Regeln können mit jeder profanen Kultur in Übereinstimmung gebracht werden, wenn sie nur gesund und rein ist, und können sie geeigneter machen, die Menschenwürde zu schützen und Glück zu finden...“ Johannes XXIII. zitiert Teile aus diesem Abschnitt der Enzyklika *Evangelii Praecones* in der Enzyklika *Princeps Pastorum* und weist anschließend auf seine Ansprache an den 2. Weltkongreß der Schriftsteller und Künstler schwarzer Rasse im April 1959 hin: „Wo immer wirkliche Fortschritte in Künsten und Wissenschaften die Kultur der Menschheit bereichern können, fördert und unterstützt die Kirche die darauf gerichteten Anstrengungen des Geistes. Denn die Kirche verbindet sich, wie Sie wohl wissen, nicht mit einer einzigen Kultur, als wäre diese ihr einzig angepaßt, um jede andere zu verachten. Sie wirft sich auch nicht einmal der Kultur Europas und der westlichen Völker in die Arme, wiewohl sie mit dieser nach dem Zeugnis der Geschichte besonders eng verbunden ist. Denn die Aufgabe, die der Kirche anvertraut ist, hat die Religion und das ewige Heil der Menschen zum Gegenstand. Die Kirche, die immer jung bleibt und immer wieder durch den Hauch des Heiligen Geistes erneuert wird, ist jederzeit voller Anerkennung für alles, was der Menschheit geistig und seelisch zur Ehre gereicht, auch wenn es in anderen Teilen der Welt als dem Mittelmeerraum seinen Ursprung hat, der nach Gottes Vorsehung die Wiege ihrer Kindheit war.“

Die Notwendigkeit des Studiums der Missionswissenschaft

Will der Missionar diese Grundsätze der Kirche in seiner Tätigkeit verwirklichen, so muß er die einheimischen Kulturen kennenlernen, und zwar nicht nur in ihren Erscheinungen, sondern auch in ihren Grundanschauungen und Grundstrebungen. Gerade die Missionare, die auf dem Gebiete der Anpassung am meisten geleistet haben, brauchten zu diesem Studium Jahre und Jahrzehnte. Praktisch lernt der ausländische Missionar hier nie aus, und er kann hier nur Vorbereitungsarbeit leisten. Die eigentliche Aufgabe fällt dabei dem einheimischen Klerus zu. Ethnologie und Religionswissenschaft, wie sie heute schon in den Vorbereitungsschulen mancher Missionsorden und auch in Priesterseminarien der Missionen feste Bestandteile des Studienprogramms sind, können hier wertvolle Hilfe leisten. Aber da die Kirche eine Heiligungsaufgabe an den Kulturen hat, die über die Erhaltung ihrer Werte hinausgeht (vgl. den Satz in der Enzyklika *Evangelii Praecones*: „Die Sonderkultur der Völker und ihr Brauchtum hat die Kirche keineswegs beseitigt, sondern gewissermaßen geheiligt“), verlangt Johannes XXIII., daß der in- und ausländische Klerus der Missionen jene Spezialisierung der Theologie studiert, die man Missions-

wissenschaft (Missiologie) nennt: „In Würdigung der Umstände, die nicht nur für die richtige geistliche Erziehung des Priesternachwuchses von Bedeutung sind, sondern für die gesamten Bedürfnisse der einzelnen Völker und ihrer Geistesartung, hat der Apostolische Stuhl den ausländischen und einheimischen Klerus zum Studium der Missionswissenschaft angehalten... Deshalb soll es in den katholischen Missionsseminarien nicht an Lehrgängen für die verschiedenen Zweige der Missionswissenschaft und die sachlichen Fragen, deren Kenntnis für die Seelsorge in den einzelnen Ländern nützlich scheint, fehlen. Die Ausbildung muß unbedingt nicht nur die ganze rechtgläubige, überlieferte Lehre der Kirche umfassen, sondern auch den Geist der Studenten aufschließen und schärfen für die Beurteilung ihrer heimatlichen Kultur, hauptsächlich in bezug auf die Philosophie, die Theologie und ihr Verhältnis zur christlichen Religion.“ Offensichtlich ist hier nicht daran gedacht, daß die Theologiestudierenden ihre heimatliche Kultur nur an der christlichen Philosophie und Theologie messen sollen, was ja schon im Studium der allgemeinen Theologie geschieht oder geschehen sollte, sondern speziell an der Erforschung der religiös-philosophischen Grundlagen der eigenen Kultur. Nur so sind sie ja imstande, Wert und Unwert heimischer Gebräuche usw. zu unterscheiden und zu den tiefsten weltanschaulichen Grundlagen ihrer Kultur vorzudringen. Ethnologie, Religionswissenschaft, Religionssoziologie sind anerkannte Hilfswissenschaften der Missionswissenschaft. Ihr Studium ist deshalb nützlich und notwendig, aber ihren letzten Wert erhalten diese Studien für den zukünftigen Priester und Missionar nur in ihrer Hinordnung auf die Missiologie. „Zum erstenmal verlangt das Papsttum so ausdrücklich und energisch von allen zukünftigen ausländischen und einheimischen Missionaren das Studium der Missionswissenschaft. Eine gründliche Kenntnis dieser Wissenschaft wird ja die Integration der religiösen Werte aller nationalen und rassischen Überlieferungen begünstigen... Ist es tatsächlich tragbar, daß die afrikanischen und asiatischen Kleriker nicht kompetent und hellichtig hinsichtlich ihrer eigenen Kultur sind, hinsichtlich dessen, was den Reichtum und den Glanz ihrer Vergangenheit ausmacht, daß sie die Seele ihres Volkes und ihrer Rasse nicht kennen: Viel bleibt noch auf diesem Gebiete zu tun. Aber es gibt nun keine Ausflüchte und kein Zögern mehr, denn Rom hat gesprochen“ (André Rétif SJ, in „Réponse“, Löwen, Februar 1961).

Die „Taufe der Kulturen“

Wenn der Heilige Vater das Studium der Missionswissenschaft gerade in Hinsicht auf die Kulturprobleme der jungen Missionskirchen fordert, so ist dies wohl als Anerkennung der Tatsache zu werten, daß er die sog. Anpassungs- oder Akkommodationsfrage zumindest als einen der wichtigsten Gegenstände dieser nun 50 Jahre alten Disziplin betrachtet, deren erster Lehrstuhl 1911 in Münster i. W. errichtet wurde. (Das Jubiläum wurde in Anwesenheit des Kardinalpräfekten der Propaganda Fide in den Tagen vom 28.—30. Juni dieses Jahres an der Westfälischen Wilhelms-Universität festlich begangen.) In der Tat hat die junge Missionswissenschaft wohl um keine Frage stärker gerungen als um die Frage der Akkommodation. Die Literatur darüber ist fast unübersehbar geworden. Es geht dabei keineswegs um rein akademische Probleme, sondern um eine der wesentlichsten Fragen der Kirche unserer Zeit, letztlich um die Erfüllung

einer dogmatischen Forderung, die aus dem Wesen der Katholizität erfließt. Die Kirche soll allen Völkern nicht nur den Glauben bringen, sondern auch alle ihre Lebensäußerungen, alle Kulturen heiligen, um sie in die Erlösungsordnung einzubeziehen und sie so Christus, dem Haupt der Schöpfung, darzubringen (vgl. Eph. 1, 10). Und wie Christus die Menschheit in der Ausprägung eines bestimmten Volkes annahm und damit nicht nur den Menschen als solchen heiligte, sondern auch die konkrete Ausprägung des Menschseins in dem Volkstum, das er annahm, so muß die Kirche als der auf Erden fortlebende Christus, dessen Werk vollendend, beim Fortgang ihrer Sendung in geheimnisvoller Weise jede Ausprägung eines Volkstums gleichsam in Christus neu geboren werden lassen, die Natur aller Völker so mit sich vereinen, alle ihre Kulturwerte christumäßig, christo-konform gestalten. Es ist also nicht damit getan, daß der Missionar die besonderen Kulturwerte der Völker achtet und pflegt, daß er sich ihnen anpaßt (daher der Name „Akkommodation“); sein Ziel muß sein, die sittlich-religiösen Werte dieser Völker mit dem Geiste Christi zu erfüllen, die sittlich-religiös indifferenten Werte aber auf das ewige Ziel des Menschen auszurichten. Die Kirche selbst aber nimmt die den noch nicht christlichen Kulturen entnommenen Werte in ihren Schatz auf, „assimiliert“ sie und stellt einen Teil dieser Werte in den Dienst ihrer Verkündigung und ihres Gottesdienstes, „tauft“ sie also gewissermaßen. In erweitertem Sinne nennt man auch den ganzen Vorgang der Erfüllung einer Kultur mit der Lehre und der Gnade Christi „Taufe einer Kultur“. Daß es sich bei diesen Aufstellungen nicht etwa um neue Ergebnisse der missionswissenschaftlichen Studien handelt, zeigt sehr schön der im Jahre 1927 erschienene Artikel von Prof. Thomas Ohm OSB „Akkommodation und Assimilation in der Heidenmission nach Thomas von Aquin“, der in der Sammlung von 38 Aufsätzen des Verfassers („Ex contemplatione loqui“, Münster i. W. 1960) Aufnahme fand.

Wir sind heute an einem Zeitpunkt der Kirchengeschichte angelangt, in dem das Prinzip der Einheit des Glaubens, des Gottesdienstes, der Sakramente und der Disziplin in der Mannigfaltigkeit der Kulturen ein neues Durchdenken und neue Anwendungen verlangt. Die jungen Kirchen der Missionen sind samt und sonders, bewußt, halb-bewußt oder noch unbewußt, und selbst wenn sie in Abwehr der heidnischen Ideenwelt sich instinktiv an den stark westlichen Kulturausdruck der Missionskirche klammern, vor die Kulturfrage und damit vor die Frage ihrer endgültigen Verwurzelung im heimischen Kulturboden gestellt. Wie immer man die Aussichten einer dauernden Übernahme westlicher Kulturelemente in die Kulturen der Völker Asiens und Afrikas beurteilt: alle Elemente dieser Art werden aus dem Formgesetz der einzelnen Kulturen aufgearbeitet werden. Kommt es in Afrika wirklich zu einer afrikanisch-europäischen „Mischkultur“, so wird auch diese insofern eine neue Kultur sein, als sie nach „den tiefsten Anlagekräften jedes völkischen Zweiges“ (Enzyklika *Summi Pontificatus* Pius' XII.) Gestalt annehmen wird.

Die Herder-Korrespondenz hat im Aprilheft (ds. Jhg., S. 306) einen längeren Passus aus einer Betrachtung der Agenzia Fides über die Lage im Kongo gebracht, in dem in prägnantester Form die dringende Notwendigkeit einer Afrikanisierung der dortigen Kirche gezeigt wird. Es ist hier von einer Art Persönlichkeitsspaltung der dor-

tigen Katholiken im Widerstreit von europäischem Ausdruck der Kirche und Denkart der afrikanischen Brüder die Rede. Ganz ähnlich äußerte sich Kardinal Gracias für Indien: „Wir wissen, daß das christliche Leben im besten Sinne des Wortes in unser Leben und unsere Kultur integriert werden muß . . . Es gibt kein Problem, das mehr Beklemmung hervorruft als das der geteilten Loyalitäten, jener gegenüber dem katholischen Glauben und jener zum eigenen Land, insbesondere seiner Kultur“ („*Missions et Liturgie*“. *Rapports de la première Semaine internationale d'études de liturgie missionnaire*, Brügge 1960). Daß Johannes XXIII. das Problem klar sieht, geht aus seiner Botschaft an den Pax-Romana-Kongreß vom 8. Dezember 1959 („*Osservatore Romano*“, 23. 1. 60) hervor: „Und nun noch ein anderer Gegenstand der Überlegung: Durch seine Natur ist der Katholizismus universal, weltweit. Das Evangelium hat im Laufe der Jahrhunderte, angefangen vom Nahen Orient, lebende Kulturformen beseelt, die immerfort reine religiöse, sittliche und geistige Werte bergen, und es wäre ein großes Unrecht, sich ihrer zu berauben. Heute nun obliegt Ihnen zum Teil die wichtige Aufgabe, ebenso diese Botschaft der Wahrheit und der Liebe in der orientalischen Seele angemessene Formen zu übertragen. Sie mögen wissen, daß Wir diese Arbeit als eine solche von kapitaler Bedeutung für die Zukunft des Katholizismus ansehen.“ Aus dem gleichen Geiste heraus erklärte der Präfekt der Propaganda, Kardinal Agagianian, in seiner Brüsseler Rede bei Gelegenheit der Weltausstellung von 1958: „Gemäß ihrem spezifischen Charakter hat die Einpflanzung der Kirche in den Missionen nicht zum Zweck, einen hermetisch abgeschlossenen Block zu bilden, der am Rande der örtlichen Gesittung und Kultur lebt . . . Die Mission strebt vielmehr dahin, ein Erlblühen neuer Einzelkirchen vollständig einheimischen Charakters zu bewirken, mit eigenem örtlichem Klerus, mit eigenem Stil des christlichen Lebens.“

Dieser eigene Stil christlichen Lebens hat in der alten Kirche Ausdruck in den verschiedenen Riten gefunden, die weit mehr als gottesdienstliche Formen, vielmehr Ausdruck religiös beseelter Eigenkultur waren. Die meisten dieser Riten haben infolge bestimmter kultureller oder politischer Zusammenhänge bzw. geschichtlicher Entwicklungen den Raum des Volkstums, in dem sie entstanden, vorübergehend oder dauernd, beträchtlich oder unbedeutend überschreiten können, oft unter Zuhilfenahme sprachlicher oder sonstiger Anpassung an neu gewonnene Volkstümer. Die Geschichte zeigt, daß Ritus (als Kultur Ausdruck) und Volkstum sich nicht notwendigerweise decken müssen. Dies muß jenen gesagt werden, die der Meinung sind, daß es in einer strukturell neugegliederten Kirche der Zukunft soviel Riten als Volkstümer geben müsse. Der lateinische Ritus konnte sich infolge geschichtlicher Umstände über einen großen Teil Europas ausdehnen. Die spanisch-portugiesische Conquista brachte ihn in die Neue Welt, europäische Auswanderung und Kolonialbewegung bis in fernste Gebiete der Erde. Es gibt im Bereich des lateinischen Ritus ungelöste Akkommodationsprobleme. Soweit es sich dabei um Katholiken westlicher Herkunft handelt, sind diese Probleme doch mehr akzidenteller Natur. Da aber der lateinische Ritus mit der Mission in die ganz fremden Kulturen Asiens und Afrikas einzudringen suchte, ohne sich diesen Kulturen assimilieren zu können, entstand ein bis heute unbewältigtes Anpassungsproblem schwerwiegender Natur. Die Kapazität dieses Ritus zur Kulturanpassung wird zweifellos über-

beansprucht. In dem Augenblick nun, wo die Mission nicht mehr von den fördernden Einflüssen der europäischen Kulturausbreitung kulturell gestützt wird, fordert die Lage im Interesse der Verwurzelung der jungen Kirchen im Kulturboden und der Weitertragung der christlichen Botschaft in die farbige Welt dringend neue Überlegungen in der Anpassungsfrage. Es geht hier nicht primär um die äußere Übernahme von alten oder neuen Ausdruckselementen asiatischer und afrikanischer Kulturen, nicht einmal um radikale Ausmerzungen europäisch-westlicher Elemente, die Eingang in die sich umgestaltenden Kulturen dieser Erdteile gefunden haben und finden, vielmehr um eine Vermählung christlichen Geistes mit den tiefsten Anlagen und Formkräften, also um schöpferische Mitgestaltung an diesen Kulturen.

Es ist in diesen Zeiten von besonderem Interesse, wie stark sich die Kirchenleitung gerade heute für die Gleichachtung der orientalischen Riten mit dem lateinischen Ritus einsetzt und damit das Prinzip unterstreicht, dem diese Riten (und Kirchenzweige) ihr Entstehen verdanken. Es sei hier nur auf die Tatsache hingewiesen, daß Papst Johannes XXIII. am 16. April 1961 bei der Bischofsweihe des Assessors der Orientalischen Kongregation, Msgr. Gabriele Acacio Coussa, in griechischem Ritus ein Pontifikalamt feierte. Der Informationsdienst der Orientalischen Kirche (Nr. 246, 25. 4. 61), der im Palast der Kongregationen in Rom erscheint, nannte diese Feier ein historisches Ereignis von höchster Bedeutung. Ein Papst, der selbst dem lateinischen Ritus angehört, feierte das hl. Opfer in einem orientalischen Ritus. Es war dies „eine Geste, die kein Vorbild in der Geschichte hat. In den ersten Jahrhunderten gab es Päpste, die im orientalischen Ritus die Messe feierten, aber sie waren in diesem Ritus geboren und bedienten sich also ihres heimatlichen Ritus. Johannes XXIII. aber ist der erste Papst, der als Nichtorientale in einem orientalischen Ritus zelebrierte, und er wollte dadurch nicht nur seine Wertschätzung der ehrwürdigen, nach seinen eigenen Worten ‚großartigen und ergreifenden‘ orientalischen Riten, sondern die Gleichwertigkeit aller Riten, des lateinischen und der orientalischen, zeigen. Alle sind sie äußere Formen des Kultus, schön und vielgestaltig. Sie zieren die heilige Mutter Kirche, die so mit Mannigfaltigkeit umgeben („*circumdata varietate*“) ist. Hauptsächlich wollte er — durch die Tatsachen — darlegen, daß unsere getrennten Brüder des Orients von Seiten des Heiligen Stuhles hinsichtlich ihres Ritus im Falle der Rückkehr zum einen Schafstall, von dem sie durch unglückliche Ereignisse, gegenseitige Mißverständnisse und Irrungen getrennt wurden, nichts zu fürchten haben.“

Die Aufgabe

In dem oben zitierten Sammelwerk vom Ohm findet sich ein vor fünf Jahren gehaltener Vortrag des Autors über den Europäismus in der neuzeitlichen Asienmission und seine Überwindung. Hier wird das Anpassungsproblem erneut aufgerollt und Gültiges dazu gesagt. Einleitend bemerkt der Verfasser, daß wir uns erst in den Anfängen der Enteuropäisierung befinden und daß bei uns Akkommodation mehr in den peripheren, äußeren, vordergründigen Bereichen und Dingen als in den entscheidenden, in den Seinstiefen, den Seinsgründen, den Grundbestimmtheiten geschieht. Nach wie vor sei in der Mission der Europäismus noch eine Macht. Noch immer sei die Zeit, in der wir unsere eigenen Arten in den Missionen aus-

leben, nicht völlig zu Ende. Immer noch unterschieden wir nicht hinreichend zwischen dem Wesen des Christentums und seinen Gewändern. Immer noch realisierten wir nicht genügend, daß jedes Volk Aufscheinen eines göttlichen Gedankens sei: „Immer noch predigen und unterrichten wir europäisch, feiern wir den Gottesdienst nach lateinischem Ritus, dem Ritus der Stadt Rom, erzeugen wir Gemeinden europäischer Art und geben wir der Kirche weithin europäische Formen.“ Noch immer fehlten bei Katholiken und Protestanten bestimmte Voraussetzungen für eine völlige Überwindung des Europäismus, nämlich die Erkenntnis der Besonderheiten und Wesenszüge der asiatischen Völker und Kulturen: „Nun verstehen Sie, warum nach wie vor Persönlichkeitsverluste eintreten und es nach wie vor ‚innere Hohlräume‘ gibt, die das gefährden, was wir aufbauen, warum bisweilen das Christentum leichthin wie ein Gewand abgestreift wird, warum es nicht überall innerer Besitz und zweite Natur geworden ist... Es ist Zeit, die europäische Brille abzulegen und die Asiaten objektiv und richtig zu sehen und zu werten... Es ist Zeit, alles Wahre, Gute und Schöne zu betrachten, zu schätzen, zu fördern, heimzuholen, und zwar so, daß es den Menschen Asiens dabei wohl und warm wird... Allzulange haben manche unbeabsichtigt sie (diese Werte) im Eisschrank gehalten und unter Frost gesetzt... Die europäische Periode der Welt-, Kirchen- und Missionsgeschichte ist vorbei. Deswegen muß mit der Katholizität und dem Universalismus des Christentums in jeder Hinsicht praktisch ernst gemacht werden. Ein Gott, ein Christus, ein Glaube, eine Taufe, eine Kirche, aber viele Weisen, Gott zu loben und zu dienen. Omnis spiritus laudet Dominum.“

Das besagt nicht, so führt Ohm weiter aus, daß in Asien alles gut und schön ist. Nicht nur der Europäismus schadet dem Zusammenleben der Völker und der Ausbreitung des Christentums, sondern auch der Asiatismus, der Asien zur Norm für alle und alles machen will. Vor allem bedeutet dies nicht, daß die Religion Jesu in Asien völlig indisiert, sinisiert und japanisiert werden soll: „Christus ist nur dort, wo eine neue Kreatur ist, wo der Mensch das sagen kann, was ein Chinese von seiner Bekehrung sagte: ‚Ich fand mich in einer neuen Welt, und in ihr ward ich eine neue Kreatur.‘ Diese Neuheit des Christentums verlangt auch neuen Ausdruck. Neuer Wein in neuen Schläuchen!... Zudem sind viele Völker Asiens und Afrikas entschlossen, neue Wege zu gehen und sich selber und ihren Kirchen ein neues Gesicht zu geben. Wir dienen den Völkern nicht, wenn wir das Alte überbetonen, sondern wenn wir ihnen helfen, das Leben in unserer Zeit zu meistern unter Wahrung und Achtung ihrer letzten Besonderheiten und Lebensgesetze.“

Die Kirche in Algerien

Mit den Verhandlungen zwischen den Vertretern der französischen Regierung und dem Gouvernement provisoire de la République algérienne (GPRA) in Evian ist die Algerienfrage in ein neues Stadium getreten. Die Tatsache, daß man sich nach fünf Jahren Krieg und immer wieder mißglückten Anläufen seit dem Frühsommer 1961 endlich am Verhandlungstisch zusammengefunden hat, bedeutet an sich schon einen Fortschritt. Er wird durch den schleppenden Gang der Verhandlungen und deren Unterbrechung nach dem 15. Juni nicht gemindert. Die Gespräche von Evian können nicht mehr sein als ein Abtasten der gegenseitigen

Standpunkte mit dem Ziel, eine Basis zu gewinnen, die den Abschluß konkreter Übereinkünfte ermöglicht. Die Hoffnung, daß man von den weiteren Verhandlungen schließlich doch ein Resultat erwarten darf, gründet sich nicht nur auf die Verhandlungsbereitschaft beider Seiten, sondern auch auf einen objektiven Zwang, unter dem sie stehen. Beide müssen sich zusammensetzen, wenn sie nicht das Odium auf sich nehmen wollen, internationale Störenfriede zu sein.

Frankreich sieht — trotz militärischer Überlegenheit — mehr und mehr die Aussichtslosigkeit des Kampfes in Algerien ein. Die Uhr der Weltgeschichte läßt sich nicht zurückstellen. Staatspräsident de Gaulle hat daher mehrfach feierlich verkündet, daß Algerien über sein künftiges Schicksal selbst entscheiden solle. Der weitaus größte Teil der Bevölkerung Frankreichs unterstützt den General. De Gaulle hat durch diese Politik nicht nur sein Ansehen in Frankreich und in der westlichen Welt steigern können, sondern auch unter den frankreichfeindlichen Muslimen in Algerien neue Anhänger gewonnen. Vor allem hat er durch den Kurs seiner Algerienpolitik — den Bruch mit den Ultras und zuletzt das kompromißlose Zerschlagen des Aprilaufstandes — die Rebellenregierung auf die Verhandlungsbank gezwungen. Die Vertreter des GPRA und der FLN haben das — als kluge Taktiker, die sie sind — rasch begriffen. Für sie stand nicht nur ein persönlicher Prestigeverlust auf dem Spiel, wenn sie die Bereitschaft Frankreichs zu verhandeln in den Wind geschlagen hätten, sondern sie stehen als nationale Algerier vor allem auch vor der Notwendigkeit, die weitere Zerstörung ihres Volkes und Landes, die Demoralisierung der Bevölkerung wie die Vernichtung der natürlichen Hilfsquellen zu beenden.

Gleichwie die Verhandlungen von Evian und die weitere Entwicklung verlaufen werden — das bisherige Verhältnis zwischen Frankreich und Algerien wird eines Tages der Geschichte angehören. Damit aber entsteht eine neue Situation für die Kirche dieses Landes und die Kirche überhaupt. Es gilt deshalb, in die Zukunft zu blicken. Die Chancen und Möglichkeiten sind abzuwägen, die die Kirche in dem neuen (assoziierten oder unabhängigen) Algerien haben wird: ohne Rückendeckung an eine europäische Kolonialmacht, inmitten eines ihr fremden, verschlossenen, wenn nicht feindlichen Kulturraumes. Wird die Kirche diese Welt allein durch die Kraft der Verkündigung, das leuchtende Beispiel ihrer Mitsorge um die geistigen und sozialen Bedürfnisse aller in dieser Welt Beheimateten von innen her aufsprengen können? Schließlich geht es auch um die Frage, ob sich Christentum und Islam zu einer gemeinsamen Abwehr gegen den immer stärker werdenden kommunistischen Einfluß in Afrika zusammenfinden werden oder nicht. Die Stimmen erfahrener Afrikamissionare mehren sich, die von einem solchen Zusammengehen die Zukunft des freien Afrika und damit auch die Freiheit der Kirche abhängig machen.

Die Präsenz der Kirche

Algerien einschließlich der Sahara zählt etwa 9,5 Millionen Einwohner. Davon sind ca. 1,2 Millionen Europäer, 70% davon sind Franzosen, der Rest Italiener, Spanier und Malteser. Nach dem Annuario Pontificio 1961 sind davon 800 000 katholisch. „Bilan du Monde“ nennt dagegen 925 000. Der Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung beträgt nicht ganz 10%. Es gibt vier Diözesen. Die Erzdiözese Algier (Erzbischof Léon-Etienne

Duval; 350 000 Katholiken) mit ihren beiden Suffraganbistümern Oran (Bischof Bertrand Lacaste; 375 000 Katholiken) und Constantine (Bischof Paul Pierre Pinier; 180 000 Katholiken) umfaßt die drei Départements im Norden. Im Südterritorium liegt die Diözese Laghouat (Bischof Georges Mercier PB; 19 000 Katholiken).

Vergleicht man die Zahl der Katholiken in Algerien mit der anderer nordafrikanischer Länder, so erscheint sie ungewöhnlich hoch. Die zahlenmäßige Stärke der Kirche ist hier jedoch weitgehend das Ergebnis der Anwesenheit Frankreichs. Auf Grund seiner besonderen Stellung gegenüber dem Mutterland zog Algerien bedeutend mehr Europäer an als etwa Tunesien und Marokko. Seitdem diese Länder unabhängig sind, hat sich die Zahl der Katholiken, bedingt durch den Exodus zahlreicher Europäer, beträchtlich verringert. Heute gibt es in einigen Gegenden Tunesiens Kirchen und Pfarreien ohne Katholiken. So besteht z. B. in Tunis eine Pfarrei mit einer Kirche, drei Geistlichen und nur dreißig Gläubigen. Dieser völlig abnormale Zustand hat indessen zur Folge gehabt, daß der Seelsorgsklerus sich neue Aufgaben suchte. Er ging unter die Araber, führt mit ihnen ein gemeinsames Leben und versucht so durch seine Anwesenheit und soziale Hilfe die Präsenz der Kirche in diesen Ländern zu wahren.

Für Algerien könnte sich eines Tages eine ähnliche Situation ergeben. Die algerischen Katholiken setzen sich fast ausschließlich aus Europäern zusammen. Bekehrungen von Arabern sind äußerst selten. Die religiöse Einstellung der Siedler, sofern man überhaupt von einer solchen sprechen kann, ist wenig geeignet, die Mission unter den Muslimen zu unterstützen. Die französischen Siedler sind Wirtschaftspioniere und arbeiten als solche ausgezeichnet, aber ihre religiöse Praxis geht über die von Brauchtumschristen nicht hinaus. Vor allem die ältere Generation sieht im einheimischen Algerier mehr ein wirtschaftliches Objekt als einen Menschen, dem gegenüber man nicht nur soziale, sondern auch religiöse Verpflichtungen hat. Sie hat sich daher weder um seine geistige Verfassung noch um seine Kultur gekümmert, Europäer und Araber lebten weitgehend getrennt nebeneinanderher.

Dies gilt auch für den Teil des Klerus, der mit den französischen Siedlern nach Algier kam. Meist waren es Militärgeistliche, die schon allein auf Grund ihrer Dienststellung für eine Kontaktaufnahme mit Arabern nicht in Frage kamen. Doch auch die ordentliche Pfarrseelsorge hat sich um die Einheimischen wenig gekümmert. Erst durch die Aktion von Kardinal Lavignerie (1869), der den Weißen Vätern in Maison-Carrée und den Missionschwwestern von Notre Dame d'Afrique neue Aufgaben stellte, hat sich in der algerischen Arabermission einiges geändert. Lavignerie war der erste, der sich der missionarischen Verantwortung gegenüber den Arabern bewußt wurde. Die von ihm gegründeten Weißen Väter und Schwestern entfalteten eine weitreichende sozial-caritative Tätigkeit unter der einheimischen Bevölkerung. Sie wurden jedoch vom französischen Klerus dabei nicht genügend unterstützt. Dieser war vielmehr der Ansicht, die Missionsarbeit der Orden dispensiere ihn von dieser Pflicht. Den Missionaren selbst fehlte es verständlicherweise noch an Erfahrung in der Arabermission. So versäumte man die notwendige Anpassung. Wenn man auch nicht von einem Mißerfolg dieser Missionsanstrengungen sprechen kann, so haben sie andererseits doch nicht die bestehende Trennung zwischen Einheimischen und Europäern überwinden können. Die vorherrschende Tendenz zur Segre-

gation wurde also kaum vermindert. Die Kirche beschränkte sich in Algerien auf die Betreuung der europäischen Katholiken. (Noch der Vorgänger von Erzbischof Duval erklärte, er würde nach Frankreich zurückkehren, wenn Algerien eines Tages unabhängig werden und die Europäer das Land verlassen sollten.) Erst 1932 bzw. 1939 konnten die Kleinen Brüder (Schwestern) des P. de Foucauld in der Sahara mit der Arabermission beginnen.

Die Entwicklung während der Kriegsjahre

Der Krieg in Algerien hat die Kluft zwischen Europäern und Arabern noch größer werden lassen. Terror und Gegenterror erzeugten bei beiden Völkergruppen ein Klima, dessen Folgen erst später sich voll auswirken werden. Aber selbst wenn der französische Bevölkerungsteil Algerien nach Erlangung der Unabhängigkeit geschlossen verlassen sollte, bleibt noch mehr als genug Explosivstoff im Lande zurück, der eine Konsolidierung der Verhältnisse für den Anfang fast unmöglich macht. Das Verhalten gewisser Teile der französischen Armee hat weiterhin dazu beigetragen, die Atmosphäre zu vergiften. Die Folterungen von Einheimischen durch die französische Polizei und die Soldaten leugnet heute niemand mehr ernstlich. Sie haben mehr zur Geschlossenheit des arabischen Widerstandes beigetragen als das Prestige der FLN. Aber ein solcher Krieg hat notwendig auch seine Paradoxien. Zu diesen gehört die Tatsache, daß sich gerade in der Zeit des Krieges viele Christen und Muslimen menschlich nähergekommen sind. Die vielen algerischen Arbeiter, die nach Frankreich auswanderten, lernten dort Christen kennen, die sich für ihre Rechte einsetzten und ihnen, soweit sie konnten, halfen. Besonders die beiden Kardinäle Liénart und Gerlier haben die Öffentlichkeit in Frankreich immer wieder aufgefordert, sich der algerischen Fremdarbeiter anzunehmen und ihnen ihr Schicksal zu erleichtern. Außerdem beauftragten sie Priester der Mission de France und des Prado, sich um die Algerier zu kümmern. Diese Priester haben Außerordentliches geleistet. (Erwähnt sei hier nur das segensvolle Wirken des Abbé Carteron; vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 125.) Ihre Sorge erstreckte sich jedoch nicht nur auf die Algerier in Frankreich. Sie haben ihre Arbeit auch auf das Mutterland Algerien selbst ausgedehnt. Zu diesem Zweck wurden neue Methoden entwickelt. Man wollte zunächst nichts anderes als den Arabern menschlich nahe sein, ihre Sorgen mittragen und das Elend, in dem sie leben, mit ihnen teilen. So entstand die Priestergemeinschaft von Suk Aras (vgl. Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 228). Die Ereignisse um die Priester der Mission de France, das Eingreifen der Polizei und die nachfolgende Auflösung und Vertreibung aus Suk Aras sind hinlänglich bekannt (vgl. Herder-Korrespondenz 10. Jhg., S. 406). Der zeitliche Abstand, der uns heute von diesen Ereignissen trennt, macht es uns möglich, die Wirkung abzuschätzen, die die Haltung dieser Priester und der mit ihnen tätigen Laien auf die Araber ausgeübt hat. Sosehr das Vorgehen der französischen Polizei zu bedauern ist wie auch manche Unklugheit, die von einzelnen Priestern und Laien begangen worden ist, so hat doch die Publizität, die diesen Vorgängen inner- und außerhalb Frankreichs und Algeriens zuteil wurde, ihre Wirkung auf die Algerier nicht verfehlt. Denn zum ersten Male erlebten sie, daß Menschen anderer Rasse und Religion nicht nur für ihre Rechte sich einzusetzen bereit erklärten, sondern den Kampf auch aufnahmen gegen die Übergriffe von Polizei